

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien

68. Sitzung
21. April 2021

Beginn: 09.07 Uhr
Schluss: 12.04 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Fragen auf Europa- und Bundesrats-/ Länderebene, insbesondere EU-Angelegenheiten von Berliner Relevanz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand Corona-Regeln und Hilfen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0187](#)
EuroBundMed

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU,
der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen und der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3543
**Fünfzehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung
von Berlin**
– Vorabüberweisung –

[0191](#)
EuroBundMed
Recht(f)

Hierzu: Anhörung

Dazu haben wir Frau Katharina Borngässer eingeladen. – Herzlich willkommen! – Sie ist Mitglied des Landesvorstandes der Europa-Union Berlin e. V., die sich – deswegen haben wir sie eingeladen – im Vorfeld schon sehr in dieser Angelegenheit engagiert hat. – Wir wollen Ihnen deshalb die Gelegenheit geben, in einem kurzen Statement zu sagen, wie Sie die Lage einschätzen, was Sie von unserem Antrag halten, ob Sie das alles gutfinden usw. Wir würden das vom Ablauf her so machen, dass wir Ihnen zuerst das Wort geben, nachdem eine der einreichenden Fraktionen den Antrag begründet hat – das ist hier so üblich –, dann kämen Sie dran, Frau Borngässer, dann würden wir den Senat bitten, was dazu zu sagen, und dann machen wir eine Diskussions- oder Fragerunde bzw. eine kurze Aussprache, und dann müssten wir das am Schluss abstimmen. – Ich will das kurz sagen, weil es noch einen weiteren Verfassungsänderungsantrag gibt, den wir vorhin in die Tagesordnung aufgenommen haben – den diskutieren wir extra. Das ist der nächste Tagesordnungspunkt. Darauf muss man sich jetzt nicht beziehen.

Wir machen außerdem ein Wortprotokoll, weil es eine Anhörung ist. Wenn Gäste hier sind, machen wir ein kurzes Wortprotokoll. Auch dieser Teil der Sitzung wird weltweit übertragen, und wenn es Wortmeldungen von den Kolleginnen und Kollegen gibt, die sich über Webex zugeschaltet haben, nehmen wir die natürlich auch dran. Jetzt starten wir, und es geht mit der Begründung los. Den Kollegen Zimmermann für die SPD-Fraktion sehe ich. – Bitte schön!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich, dass ich diesen Antrag für die fünf europafreundlichen Fraktionen im Abgeordnetenhaus kurz begründen darf, der eine Änderung der Verfassung zum Inhalt hat, womit wir den Europabezug in der Berliner Verfassung verankern wollen – so, wie es 14 andere Bundesländer bereits seit längerem geregelt haben –, in Anlehnung an die Regelung im Grundgesetz, das in Artikel 23

die grundsätzliche Ausrichtung der Bundesrepublik Deutschland als einen in ein integriertes Europa eingebetteten Staat beschreibt und die Zusammenarbeit und die Integration Europas als ein zentrales Ziel der Bundesrepublik Deutschland beschreibt.

Wir haben in Berlin in unserer Geschichte in vielen Stationen von der europäischen Solidarität gelebt, davon profitiert. Erhebliche Entscheidungen, wichtige Entscheidungen sind nur im europäischen Kontext möglich gewesen und nur darin zu verstehen, und deswegen ist es folgerichtig, dass wir auch in Berlin diesen Zusatz in unsere Verfassung aufnehmen: ein Bekenntnis zum geeinten Europa, ein Bekenntnis zu den demokratischen, rechtsstaatlichen, föderativen Grundsätzen Europas und auch ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit auf unserer Städteebene, aber auch darüber hinaus.

Wichtig ist mir und, ich glaube, uns allen gemeinsam, dass wir die Bedeutung Europas auch für die Zukunft dieser Stadt betonen, indem wir dies jetzt in die Verfassung in Artikel 2 aufnehmen – in einer Zeit, in der Europaskepsis Platz greift und auch die Skepsis gegenüber internationalen Vereinbarungen durchaus geäußert wird. Es ist umso wichtiger, dass wir diesen Grundsatz der internationalen Einbettung auch in die Verfassung aufnehmen. Das wird an der praktischen Politik in Berlin nicht so wahnsinnig viel ändern, aber es ist als symbolischer Akt von herausragender Bedeutung, und wenn wir uns jetzt den 14 anderen Bundesländern anschließen, sind wir in sehr guter Gesellschaft.

Ich bitte um Zustimmung für diese Verfassungsänderung, die etwas nachholt, was wir schon über die ganzen Jahrzehnte praktiziert haben, aber dem damit jetzt auch einen formalen Ausdruck verleiht. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Jetzt haben Sie das Wort für ein kurzes Statement, Frau Borngässer. Bitte schön!

Katharina Borngässer (Europa-Union Berlin e. V.; Mitglied des Landesvorstandes): Sehr geehrter Herr Vorsitzender Otto! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Staatssekretär Woop! Im Namen des Kampagnenteams „Europa in bester Verfassung“ der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg und der Europa-Union Berlin bedanke ich mich sehr herzlich für Ihre Einladung.

Berlin hat ein Defizit: In dieser bunten, toleranten Stadt im Herzen Europas, die wie keine andere dafür steht, Trennendes zu überwinden, wird der europäische Gedanke zwar gelebt, ist aber noch nicht verankert. Es fehlt also ein Europabekenntnis in der Landesverfassung. Uns als Europabegeisterte, organisiert in pro-europäisch, pro-föderalen Verbänden, brachte das zum Handeln, und so starteten wir unsere Kampagne.

Es freut uns ganz besonders, dass Sie unserer Initiative überfraktionell aufgenommen haben. Vor allem in einem Wahljahr ist dies keine Selbstverständlichkeit, und im Oktober hätte niemand von uns gedacht, dass wir heute hier sitzen dürfen, um diesen Gesetzentwurf mit Ihnen zu diskutieren. Es zeigt also: Engagement und Ehrenamt lohnen sich –, und wir sind stolz, dass gerade in diesem Jahr, in dem Berlin Europäische Freiwilligenhauptstadt ist, sagen zu können.

Unsere Stellungnahme zu Ihrem Gesetzentwurf ist Ihnen bereits zugegangen, und ich würde nun kurz die Gelegenheit ergreifen, Ihnen unsere Anregungen zu erläutern.

Das Bekenntnis zu einem geeinten Europa sowie die aufgeführten Grundsätze in Ihrem Artikel 1 Absatz 2 Satz 2 begrüßen wir natürlich ausdrücklich. Wir regen an, dass Sie Ihren Satz 2 aufteilen, und zwar sollte sich Satz 2 nur auf die Grundsätze und die Prinzipien, zu denen sich das Land Berlin in einem europäischen Mehrebenensystem verpflichtet, konzentrieren. In einem neu formulierten Satz 3 schlagen wir vor, Berlins besondere Rolle stärker zu berücksichtigen und konkrete Handlungsabsichten zu nennen. Maßgebliche Teile Ihres alten Satzes 2 werden dabei natürlich übernommen.

Diese Neuformulierung zielt darauf ab, dass Berlin bei der Umsetzung der genannten Ziele auf politischer und insbesondere europäischer Ebene eine aktive Rolle einnimmt. Berlin muss seiner Verantwortung und Bedeutung gerecht werden, und das nicht nur auf institutioneller Ebene, denn Berlin ist reich an zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, die tagtäglich Trennendes in unserer Stadt und über die Stadtgrenzen hinaus überwinden. Die gilt es, ebenso zu stärken, denn wir sind der festen Überzeugung, dass europäische Einigung nur gelingen kann, wenn die Bürgerinnen und Bürger ermuntert werden, sich aktiv einzubringen.

Herr Zimmermann hat es gerade schon gesagt: Die anderen Landesverfassungen haben alle Europabekenntnisse, die ihre landeseigenen Selbstverständnisse in Bezug auf die europäische Integration beinhalten. Berlin hat in seiner wechselvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts in beeindruckender Weise gezeigt, was es heißt, entzweit zu sein und wie es gelingen kann, Trennendes in Europa und der Welt zu überwinden.

Seit 31 Jahren ist Berlin wieder eine Metropole im Zentrum eines enger zusammenwachsenden Europas. Berlin ist dadurch an der Schnittstelle zwischen Ost und West zu einer attraktiven Weltstadt geworden. Es profitiert bis heute wirtschaftlich und kulturell ganz besonders vom europäischen Integrationsprozess. Hier lebende und arbeitende Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sind zu einem festen Bestandteil des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Alltagslebens geworden, und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Was uns also anspricht ist Berlins besondere Rolle im Einigungsprozess, um die Idee eines vereinten Europas in all seiner Vielfältigkeit zukunftsweisend voranzubringen – auch das haben Sie angesprochen.

Berlin vereint Menschen mit 185 verschiedenen Nationalitäten, die unsere Stadt ihr Zuhause nennen, und viele davon kommen aus der EU. Mit einem Europabezug in der Landesverfassung wird die Lebensrealität vieler Berlinerinnen und Berliner abgebildet, die für viele längst selbstverständlich ist und auch schon gelebt wird. Das heißt, die Weltoffenheit und der europäische Gedanke bekommen endlich ein Zuhause im Gesetz. Das hat uns dazu gebracht, aktiv zu sein, doch wir wissen auch, dass ein Europabekenntnis in der Landesverfassung alleine nicht ausreicht, und das Entscheidende ist für uns, dieses nun mit Leben zu füllen. Das heißt, die Verankerung in der Landesverfassung ist nicht der Schlusspunkt, sondern der Auftakt für uns alle, gemeinsam daran zu arbeiten – mit Ihnen als Abgeordnete, mit dem Senat und mit den vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden hier in der Stadt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! – Jetzt sind wir beim Senat angekommen. – Herr Staatssekretär Woop! Bitte schön!

Staatssekretär Gerry Woop (SenKultEuropa): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Borngässer! Sie wissen, dass ich frühzeitig als Europastaatssekretär positiv zu dem Ansinnen der Initiative und der Kampagne Stellung genommen habe. Für den Senat ist es eine sehr erfreuliche Entwicklung, dass die fünf europafreundlichen Fraktionen des Hauses diese Initiative aus der Zivilgesellschaft der Stadt so schnell aufgegriffen haben.

Dass es nur eines sehr kurzen Prozesses bedurfte, um den heutigen Stand zu erreichen, mit dem Entwurf, die Verfassung real zu ändern – und das noch im Wahljahr und vor dem Wahltermin hinzubekommen –, war am Anfang nicht absehbar. Sonst dauern solche Prozesse länger. Darüber bin ich froh, denn es zeigt, welche einheitlichen Positionen es unter den europafreundlichen Demokratinnen und Demokraten in der Stadt gibt, und das zeichnet sich so auch im Parlament ab.

Zweitens ist klar, dass wir etwas nachzeichnen, was schon über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg gelebte Praxis ist. Der Senat stand auch für diese gelebte Praxis, egal in welcher Zusammensetzung wir das in der Geschichte bislang hatten. Die Politik des Senates ist durch diese Europafreundlichkeit und den Europabezug über die Jahre hinweg ausgezeichnet gewesen, und das Parlament trägt das in den jeweiligen Formationen immer mit und hat auch eigene Initiativen dazu.

Wir zeichnen nach, was in 14 Landesverfassungen in der Bundesrepublik schon üblich ist. Insofern kann man nur dankbar sein, dass eine zivilgesellschaftliche Initiative auf dieses formale Defizit noch mal aufmerksam gemacht hat und wir das umsetzen.

Es ist gleichwohl ein wichtiges Symbol, das wir an dieser Stelle setzen. Wir haben gerade in diesem Ausschuss oft Diskussionen über die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, und es sind – wie wir wissen und nicht erst seit Brexit-Zeiten: Wir hatten auch andere Herausforderungen genannt – sehr schwierige Themen, mit denen wir konfrontiert sind. Die Integration der Europäischen Union ist kein Selbstläufer, und es bedarf auch immer des Engagements der Demokratinnen und Demokraten in den Mitgliedsstaaten und in Städten wie Berlin, um diese Entwicklung auszugestalten. Wir wissen auch: Die Richtung, die die Europäische Union nimmt, ist nicht vorgegeben, sondern sie ist immer auch ein Gegenstand von politischen Diskussionen. Ob es ein Mehr an Integration gibt oder nicht, sind auch Fragen, die hier thematisiert werden. Ich denke, es kommt zum Ausdruck, dass wir eine gewisse Grundposition in dem Korridor, in dem wir uns mit den Diskussionen zu den Einzelthemenbereichen beschäftigen werden, haben.

Nicht zuletzt will ich unterstreichen, was Frau Borngässer gesagt hat: Die Änderung in der Verfassung ist eine sehr wichtige, auch symbolische Angelegenheit, aber es bleibt dabei, dass die Verfassungspraxis das Entscheidende sein wird. Wir haben dann einen Verfassungsauftrag, der unser Engagement für die weitere Entwicklung der Europäischen Union prägen wird, und da sind die Aufgaben schon genannt.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Wir kommen jetzt zu den Damen und Herren Abgeordneten. Es beginnt der Kollege Jupe für die CDU-Fraktion.

Claudio Jupe (CDU): Meine Damen und Herren! Zu dem Punkt, den wir auf der Tagesordnung haben, kann ich Übereinstimmung mit dem Kollegen Zimmermann feststellen. Ich habe zwar die Anregung der Anzuhörenden im Kopf, aber man kann auch unter Einbeziehung dessen, was sie ausgeführt hat, bei unserem Text bleiben. Ich sehe ein Abändern des Vorschlages nicht als Notwendigkeit. Ich würde deswegen bei dem bisherigen Textvorschlag verbleiben, möchte aber den einen Punkt, den die Anzuhörende genannt hat – nämlich, dass das Ganze ein Auftakt sein soll, den Europagedanken zu verfestigen und zu verbreiten –, herausstellen. Ich denke, dass diese Punkte, die wir heute miteinander beratschlagen, Anlass geben sollten, den Europagedanken weiterzuführen. Dazu gehört allerdings auch diese Formalie, wenn ich es mal so nennen möchte.

Natürlich ist auch wichtig, was der Senatsvertreter gesagt hat. Wenn wir die Verfassung geändert haben werden, ist es natürlich auch ein Verfassungsauftrag. Da stimme ich Ihnen völlig zu. Aber ich bin immer skeptisch bei diesen vielen Dingen, die in Form von Beschlüssen, Papieren usw. gemacht werden. Ich denke, da muss jeder ran, und insofern begrüße ich die Stellungnahme, die wir in der Anhörung gehört haben, und kann nur zurufen: Weiter so! – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Dann haben wir jetzt den Kollegen Förster für die FDP-Fraktion auf der Liste. – Bitte schön!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Der Kollege Förster versucht sich auch, entgegen seiner anderen Gewohnheiten, kurzzuhalten. Ich will auch an der Stelle ausdrücklich sagen: Ich danke dem Kollegen Zimmermann, der diesen Fünf-Fraktionen-Antrag auf den Weg gebracht hat. Es ist müßig, am Ende darüber zu streiten: Wer war der erste – die Zivilgesellschaft oder das Parlament? – Ich weiß aber – das mag ich auch gerne noch mal zur Wertschätzung dieses Ausschusses zu Protokoll geben –, dass wir uns in den letzten Jahren schon darüber unterhalten haben. Das Thema stand immer im Raume. Insofern, Herr Staatssekretär, bleibt es am Ende Historikern überlassen, festzustellen, ob wir Zivilgesellschaft und Engagement gefolgt sind, oder ob das heute auch so gekommen wäre. Ich würde Letzteres feststellen wollen.

Das spricht aber überhaupt nicht dagegen – ganz im Gegenteil –, dass wir zivilgesellschaftliches Engagement brauchen, um das mit Leben zu füllen. Da hat Frau Borngässer vollkommen Recht. Was nützt eine Verfassungsänderung, wenn sie nicht gelebt wird, wenn sie nicht umgesetzt wird, wenn sie nicht bei den Menschen in Berlin ankommt? Das geht nicht ohne Zivilgesellschaft. Das geht nur mit Leuten, die für Europa brennen, die begeistert sind, die sich engagieren. Insofern herzlichen Dank! Das ist auf jeden Fall notwendig, sonst wäre das nur eine leere Hülle, und das wollen wir gemeinsam nicht.

Weil wir einen engen Zeitplan haben – wir wollen es in der Europawoche am 6. Mai im Plenum gemeinsam beschließen –, würde ich sehr dafür werben, dass wir heute unverändert abstimmen. Es muss noch in den Rechtsausschuss. Wir haben noch einen Verfahrensweg vor uns, und es ist ein ausgewogener und gut abgewogener Vorschlag des Kollegen Zimmermann, dem wir uns – in etwas langwierigen formalen Beratungen, nicht inhaltlich, aber die formale Beratung hat sich doch etwas gezogen – in fünf Fraktionen angeschlossen haben. Wir sollten es heute so auf den Weg bringen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Dann haben wir auf der Liste Herrn Dr. Bronson für die AfD-Fraktion. – Bitte schön!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Borngässer für Ihren Vortrag! – Nach den fünf europafreundlichen Fraktionen möchte sich auch die europafreundlichste Fraktion melden, und das ist die AfD. Wir sind nämlich imstande, eine Unterscheidung zwischen der EU und Europa zu machen. Dazu sind sehr viele andere nicht in der Lage. Wir würden uns zum Beispiel nicht anmaßen, für Island, die Schweiz, Norwegen oder Großbritannien zu sprechen, die bekanntermaßen nicht zur EU gehören.

Die Beispiele, die von Herrn Zimmermann genannt wurden, dass es jetzt in 14 Landesverfassungen einen Bezug zur EU gibt, sollen kein Anreiz sein, es den anderen nachzumachen. Wenn 14 Lemminge sich in Bewegung setzen, müssen wir es denen nicht nachtun.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, wir seien der EU zu sehr viel Dank verpflichtet – die deutsche Wiedervereinigung usw. Das ist sicherlich richtig. Insbesondere sollten wir aber Frankreich und Großbritannien danken. François Mitterrand und Margaret Thatcher haben sich ein bisschen schwergetan, und es brauchte sehr viel Überredung, um die deutsche Einheit tatsächlich auf den Weg zu bringen. Den größten Dank aber sind wir der damaligen Sowjetunion und den USA schuldig. Wenn die beiden sich nicht verständigt hätten und sich einig waren, dass die deutsche Einheit vollzogen werden muss, dann wäre auch die Unterstützung der Europäischen Union und insbesondere Großbritanniens und Frankreichs vergebens gewesen. Es käme auch niemand auf die Idee, eine besondere Verpflichtung gegenüber den Folgestaaten der Sowjetunion oder den Amerikanern in der Landesverfassung aufzunehmen, weil sie einen entscheidenden Beitrag zur deutschen Einheit geleistet haben.

Kurz und gut: Berlin braucht diesen Verfassungszusatz in der Berliner Verfassung nicht, genauso wenig wie die Berliner Bezirke einen Bezug zum Schengenraum brauchen. Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der Union und nicht die Länder und nicht die Bezirke und nicht die Kommunen. Die Bundesrepublik Deutschland vertritt mit einem Sitz und mit Parlamentariern in der Kommission und im EU-Parlament unseren Staat.

Was wir befürchten, was mit so einem Verfassungszusatz unterstützt werden würde, ist die Segmentierung der EU in Regionen, sodass man nicht mehr den Staat als den ersten Ansprechpartner sieht, sondern einer Regionalisierung zuarbeitet. Die Beispiele sind eklatant, wenn Sie nach Katalonien schauen oder nach Schottland, und das unterminiert den Vertretungsanspruch des Staates in der EU. Das heißt, der Nationalstaat wird hier unterlaufen. Angesichts dessen sehen wir uns außerstande, diesem Antrag zuzustimmen und möchten Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt haben wir Frau Dr. Kahlefeld für Bündnis 90/Die Grünen auf der Liste. – Sie haben das Wort.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich ganz ausdrücklich bei der Europa-Union für die Initiative bedanken. Es ist richtig, was der Kollege Förster gesagt hat. – Wir hatten auch schon daran gedacht, aber trotzdem haben Sie es dann in der Stadt vorangebracht. – Das, was hier im Parlament passiert, braucht eine breite Unterstützung, Zustimmung, Diskussion, auch Kritik in der Zivilgesellschaft, und das kann uns nur

guttun. Deswegen herzlichen Dank für die Kampagne! Wir hätten es hier wahrscheinlich hinkommen, aber wir hätten sicherlich die breite Diskussion in der Stadt nicht so initiieren können.

Ich freue mich immer, wenn Initiativen ans Parlament herangetragen werden, die wir aufgreifen können, denn ich finde, das ist das demokratischere Verfahren – nicht im Sinne von Legitimation, legitim sind wir hier, aber im Sinne von einer gelebten, vielfältigen Demokratie. Das freut mich sehr. Ich finde, das ist eine sehr gute Initiative.

Was das Verfahren angeht, werden wir es so halten, wie es schon angeklungen ist, nämlich dass wir das so schnell wie möglich versuchen voranzubringen. Trotzdem würde ich gerne noch sagen, dass mir Ihre Änderungsanträge ausgesprochen gut gefallen, denn den Europabezug in der Verfassung zu verankern ist das eine. Ihn mit Leben zu füllen, ist das andere. Das, was Sie vorgeschlagen haben, wäre, vorzugeben, in welche Richtung wir das mit Leben füllen wollen, nämlich dass wir Europa in der Welt situieren, dass wir keinen europäischen Autismus wollen – das will hier niemand –, aber es wäre mit dieser Formulierung explizit abgeschlossen.

Sie schreiben ganz richtig: Es gibt natürlich auch Städtepartnerschaften mit Städten außerhalb der EU, und vor allen Dingen Ihre Formulierung, „Trennendes in Europa und der Welt zu überwinden“, finde ich sehr attraktiv, denn es gibt verschiedene Vorstellungen von diesem Europa. Es gibt die Möglichkeit, es sich so vorzustellen, dass wir die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften gegen den Rest der Welt verteidigen. Die Konsequenzen sehen wir im Mittelmeer, wo die Menschen sterben. Die Konsequenzen sehen wir in Bosnien, wo Menschen in Lagern umkommen.

Die weißen, europäischen Privilegien – den Zugriff auf Rohstoffe der ganzen Welt zu haben, hier zu verarbeiten und es sich hier dann sozialstaatlich gemütlich zu machen –, sind eine reale Idee von Europa, die praktisch verfolgt wird. Das ist sicherlich nicht die Idee, die diese Koalition und Berlin befördern möchten, wenn wir in die Verfassung schreiben, dass wir einen Europabezug haben wollen. Vielmehr stehen wir für ein Europa, das sich in der Welt situiert, das sich seiner Verantwortung bewusst ist, das sich öffnet, das sich vernetzen möchte, sodass die Werte, die in Europa erarbeitet wurden und die – ja, das stimmt – in der Geschichte immer wieder nur für Europäer angewendet wurden, nicht nur für Europäer gelten, sondern für die ganze Welt, sodass Europa eine positive Ausstrahlung hat und das auch in praktische Politik umsetzt. Das, finde ich, haben Sie in dem Änderungsantrag, den Sie uns vorgelegt haben, sehr schön formuliert: „Trennendes in ... der Welt zu überwinden“.

Manchmal muss man einen radikal guten Gedanken praktisch umsetzen, und deswegen werde ich mich für meine Fraktion den Kollegen anschließen, sodass wir es jetzt schnell in unser vorgelegten und geeinten Formulierung durchbringen, aber Sie können sich darauf verlassen, dass wir – dass ich – für den Gedanken, den Sie in Ihrer Änderung formuliert haben, eintreten werden.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Jetzt habe ich Frau Brychcy für die Linksfraktion auf der Liste. – Bitte schön!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank, Frau Borngässer, auch für Ihren Input. Ich kann mich Herrn Woop anschließen, dass das ein Beispiel dafür ist, dass zivilgesellschaftliches Engagement den entscheidenden Druck entfaltet oder den kleinen Tropfen dazu tut, damit Dinge sich bewegen. Ich denke, es ist an diesem Beispiel deutlich geworden, dass es entscheidend ist.

Sie haben sehr viele Akteurinnen und Akteure bei ihrer Kampagne „Europa in bester Verfassung“ zusammengebracht. Vielleicht können Sie das ein bisschen ausführen. Sie haben viele, auch unkonventionelle Aktionen gemacht, auch in Wahlkreisbüros von Abgeordneten, und diese persönlich angesprochen und gefragt: Wie stehen Sie dazu, Europa in der Verfassung zu verankern? – Vielleicht können Sie das noch ein bisschen ausführen. Ich bin jedenfalls sehr froh, dass Sie das getan haben, dass sich so viele Menschen dem angeschlossen haben und, ich denke, dass wir das sehr wertschätzen und froh darüber sind, dass diese Anregung zu uns gekommen ist.

Zu unserem Änderungsantrag der Verfassung: Wir haben dort viele Dinge reingetan. Es ist ein sehr weitgehender Änderungsantrag, der sich auch teilweise zum Beispiel auf die Formulierung des Bundeslandes Hessen bezieht, wo wir Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale, föderative Grundsätze, die Subsidiarität als Staatsziele verankern wollen.

Für uns sind die Städte und Regionen schon entscheidend. Es unterscheidet uns, die fünf Fraktionen, von der AfD, dass wir klar sagen: Das ist die Ebene, wo zivilgesellschaftliches Engagement stattfindet, und auch die Kommunen sind wichtig. Wir haben immer wieder auch die Berichte aus dem Ausschuss der Regionen hier, die aufzeigen, wie wichtig die Regionen in Europa sind, und, dass die europäische Integration natürlich in dem Sinne entscheidend ist, dass es Probleme und Herausforderungen gibt, die sich auf nationalstaatlicher Ebene nicht lösen lassen. Ganz aktuell ist das mit der Coronapandemie, mit der Klimakatastrophe, die wir zu bewältigen haben, Migration. Frau Kahlefeld sprach an, dass wir eine gemeinsame Lösung brauchen, und deswegen gemeinsam diskutieren müssen, wie wir dort vorgehen. Die europäische Integration ist hierbei notwendig, um gemeinsam zu Beschlüssen zu kommen, auch wenn das bedeutet, dass man ein Stück weit nationalstaatliche Kompetenz abgeben muss und sich einigen muss.

Ich bin mit vielem auch nicht glücklich – welche Entscheidungen teilweise im Rat getroffen werden –, aber dass diese Ebene wichtig ist, dass wir auf dieser Ebene diskutieren müssen, ist klar, und das ist unstrittig. Diese fünf Fraktionen unterscheiden sich nicht darin, dass sie die europäische Integration gerade für Berlin für entscheidend halten. Es ist gut, dass wir diese Verankerung in der Verfassung jetzt vornehmen, auch wenn es für Berlin spät ist, aber es ist schön, dass wir das machen.

Natürlich ist es eine Verpflichtung und ein Auftrag – auch für den Senat und zukünftige Senate, für das Parlament und zukünftige Parlamente und natürlich auch an die Zivilgesellschaft gerichtet –, dass wir das mit Leben füllen. Sie sagten, dass der europäische Gedanke oder die Lebensrealität bereits vorhanden ist, dass wir aber jetzt auch den Auftrag in der Verfassung haben und dass das ein Anfang und ein Beginn einer neuen Qualität des Engagements in Berlin für Europa sein kann. Das sehen wir so, und deswegen finden wir das sehr gut.

Ihre Änderung haben wir auch positiv zur Kenntnis genommen. Ich muss mich aber leider anschließen, dass wir, die fünf Fraktionen, das Ansinnen haben, diese Änderung schnell ins Parlament einzubringen. Die Frage der Zusammenarbeit wurde zum Beispiel schon erwähnt. Das wäre dann der Satz: Trennendes in Europa und der Welt zu überwinden – die Frage, ob wir das aufnehmen oder nicht. Ich denke, wir werden das noch mal diskutieren, aber würde vorsichtig signalisieren, dass wir einen Zeitplan haben, den wir einhalten wollen, weil noch andere Dinge im Parlament beschlossen werden müssen. Trotzdem bin ich Ihnen sehr dankbar für Ihre Vorschläge, für diesen Anstoß, für Ihr Engagement. Das ist etwas sehr Wertvolles, das wir sehr wertschätzen, und wir sind froh, dass Sie da sind. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Als Letzter in der Runde der Kollege Zimmermann für die SPD-Fraktion, bitte schön!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will nur noch zu zwei, drei Aspekten eine Anmerkung loswerden. Erst mal finde ich sehr wichtig, was Kollege Jupe angedeutet hat, dass wir nicht nur symbolisch agieren, sondern durchaus einen Verfassungsauftrag – andere haben es auch gesagt – in die Verfassung aufnehmen, der uns ein Stück verpflichtet, auch in unserem Handeln diese Grundsätze zu beachten. Wir machen das sowieso, klar, aber es ist nun eben ein förmlicher Auftrag, und das ist richtig so.

Den zweiten Aspekt, den Frau Kahlefeld angesprochen hat, will ich auch noch mal hervorheben: Die Frage, wie sich Europa mit seinen Mitgliedstaaten und den Hauptstädten darin in der Welt verhält und welche Politik es verfolgt und welche Ziele dort formuliert werden, ist natürlich auch für uns von besonderer Bedeutung, aber es bedeutet natürlich auch, dass das auf den dort vorgesehenen Ebenen und in den Institutionen und den Gremien definiert wird. Deswegen ist gerade die Mitarbeit von uns, das mitzugestalten, auch auf unserer Ebene der Regionen so wichtig. Deswegen ist es richtig, diesen Aspekt zu betonen.

Letzte Anmerkung: Wir haben uns tatsächlich ein bisschen an Verfassungen in Hessen, Rheinland-Pfalz oder auch Bayern orientiert, die das ähnlich formuliert haben, nämlich so, dass wir die Grundsätze mit aufnehmen und nicht nur das allgemeine Bekenntnis haben. Das ist tatsächlich wichtig, um die inhaltliche Ausgestaltung etwas genauer zu beschreiben.

Ich glaube auch, dass wir im Mai im Plenum zur zweiten Lesung den Europatag erreichen sollten. Das war auch unser Ziel. Gleichwohl ist es, Frau Borngässer, theoretisch natürlich immer noch möglich, dass man noch etwas ändert, aber auch ich würde sagen, ich wäre dafür, dass wir die vorgelegte Formulierung beibehalten, aber den Gedanken natürlich mitnehmen, und der ist ja richtig – dass wir im Sinne der Überwindung von Trennendem agieren sollen. Das steht nicht im Widerspruch zu unserer Formulierung. Man kann das auch mit reinlesen. Insofern danke für das Engagement!

Allerletzter Punkt – zu Herrn Bronson: Dass wir nicht zwischen EU und Europa unterscheiden, ist nicht richtig. Europa hat sich darauf verständigt, in einer großen Mehrzahl seiner Staaten in der Form der Europäischen Union zu kooperieren, daneben auch noch im Europarat. Das sind zwei verschiedene völkerrechtliche Organisationen unterschiedlicher Regulierungstiefe. Das ist die Entscheidung von sehr vielen Mitgliedstaaten. Das ist nicht gegen die übrigen Staaten gerichtet und soll sie auch nicht ausgrenzen, aber es ist natürlich die Entscheidung jedes einzelnen Staates, ob er mitmacht oder nicht. Aber der Gedanke der europäischen Einigung manifestiert sich nun mal in der Europäischen Union, und es hat keinen Sinn, das zu ignorieren, wie Sie das teilweise andeuten. Da muss man mitwirken oder man ist außerhalb. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Damit sind wir durch die Fraktionen einmal durch. Ihnen sind noch Fragen gestellt worden, Frau Borngässer. Deshalb gebe ich Ihnen noch mal kurz das Wort.

Katharina Borngässer (Europa-Union Berlin e. V.; Mitglied des Landesvorstandes): Vielen Dank für Ihre Anmerkungen und die Wertschätzung, die Sie unserer Kampagne gegenüber gezeigt haben! Darüber haben wir uns natürlich sehr gefreut.

Wir freuen uns auch darüber, dass Sie das schnell umsetzen wollen und schnell die Verfassung ändern wollen und dass wir dann Hamburg die rote Laterne überlassen, die noch nachziehen müssen.

Wir verstehen auch, dass Sie, als fünf Fraktionen, sich schon darauf geeinigt haben. Auch das war wahrscheinlich schon nicht ganz leicht.

Es wurde auch schon angesprochen, dass es jetzt ein Auftrag ist „Trennendes in Europa und der Welt zu überwinden“. Ich habe in meiner Ausführung erwähnt, dass wir uns freuen, dass man auch diesen Gedanken, der jetzt vielleicht nicht Einzug in die Landesverfassung findet, weiterlebt. Auch das hatten Sie schon in Ihrer Begründung im Antrag.

Dann würde ich noch kurz auf die Frage von Frau Brychcy eingehen. Einige von Ihnen hatten schon einen Gruß von uns vor Ihren Wahlkreisbüros. Wir mussten uns natürlich auch – geschuldet der Coronapandemie – überlegen: Wie erreichen wir Aufmerksamkeit? Eine Demonstration, große Straßenaktionen oder so was wollten wir nicht machen. Als Jugendverband der Jungen Europäischen Bewegung, aber auch der Europa-Union – die etwas Älteren – mussten wir uns natürlich etwas Neues überlegen. Wir gehen gerne neue Wege, deswegen hat es besonders viel Spaß gemacht, uns wieder was Neues auszudenken.

Wir freuen uns immer, mit Ihnen allen in Kontakt zu kommen, jetzt auch im Vorfeld der Wahl, um wieder zu diskutieren: Wie kann man Europa noch weiter voranbringen? Was kann Berlin in Europa tun, aber umgekehrt auch Europa für Berlin? Wir freuen uns sehr, mit Ihnen allen in einen Austausch zu treten. Für unsere Kampagne haben wir versucht, viele Unterstützerinnen und Unterstützer aus der gesamten Zivilgesellschaft zu finden – auch Herr Dr. Johann von der Europäischen Akademie Berlin und alle möglichen Akteurinnen und Akteure sind dabei gewesen –, und so wollen wir auch in der nächsten Zeit zusammenarbeiten, um diesen Auftrag, der in der Landesverfassung steht, sobald Sie ihn beschlossen haben, weiter auszuführen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Damit sind wir durch. Ich gucke noch mal in die Runde. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir können jetzt zur Abstimmung schreiten. Wer dem hier vorliegenden Antrag – das ist die Drucksache 3543 – zustimmen möchte, müsste sich bitte jetzt melden. – Das ist die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die Linksfraktion, die SPD. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist das mit deutlicher Mehrheit angenommen worden. Wir werden das dem Rechtsausschuss rübergeben, der auch heute tagt und das dann möglicherweise auch behandeln wird.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/3548

**Berlin, das Schaufenster Deutschlands – Bekenntnis
zur Hauptstadtfunktion in die Landesverfassung
aufnehmen
– Vorabüberweisung –**

[0192](#)
EuroBundMed
Recht(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir kommen zu

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Konferenz zur Zukunft Europas
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0135](#)
EuroBundMed

Hierzu: Anhörung

Sie haben die Gelegenheit das zu begründen. Lassen Sie mich zunächst die eingeladenen Anzuhörenden begrüßen! Wir haben hier im Raum physisch anwesend Herrn Dr. Johann von der Europäischen Akademie Berlin – herzlich willkommen! Sie waren neulich schon mal da – und Herrn Knapp von der Europa-Union Berlin, er ist Vorstandsmitglied. Dann haben wir Frau Sarah Bittner, Kommunikationsmanagerin vom European Youth Parliament bei der Schwarzkopf-Stiftung, über Webex zugeschaltet. – Herzlich willkommen! – Sie hat Herrn

Tobias Frietzsche an der Seite. – Auch Ihnen herzlich willkommen! – Dann haben wir Herrn Prof. Dr. David Engels da. Er ist Historiker, Inhaber des Lehrstuhls für römische Geschichte an der Université libre de Bruxelles und seit 2018 Inhaber einer Forschungsprofessur am Instytut Zachodni in Posen in Polen. Dann haben wir Herrn Kalojan Hoffmeister, Vorstandsmitglied der Jungen Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg. Habe ich jetzt alle? – Ja!

Das ist eine ganze Menge von Anzuhörenden. Wir versuchen sonst immer, das möglichst sparsam zu halten. Es ist aber diesmal, glaube ich, angemessen, dass wir hier ein breites Bild von Menschen, die uns im Hinblick auf die Konferenz zur Zukunft Europas etwas über Europa sagen wollen, haben. Es ist als sehr breiter Prozess gedacht, wo sich auch viele beteiligen sollen. Wir würden auch hoffen, dass Sie uns einen ganz kleinen Einblick in das, was Sie in Berlin mit Europa verbindet, geben – was ganz praktisch Ihr Beitrag zur europäischen Einigung, aber vielleicht auch zu Europa in Berlin ist –, soweit das im Zeitrahmen machbar ist.

Deswegen haben wir so viele eingeladen. Die Fraktionen haben vielfältige Vorschläge gemacht. Ich freue mich darauf. Das Verfahren ist so, dass wir zunächst die einreichende Fraktion – das ist in dem Fall die CDU-Fraktion – bitten, eine kurze Begründung für diesen Tagesordnungspunkt zu liefern. Dann würden wir den Anzuhörenden der Reihe nach die Gelegenheit für ein kurzes Statement im Bereich von fünf bis sieben Minuten geben, weil es sehr viele sind. Wir fangen im Saal an, und dann nehmen wir alle, die zugeschaltet sind. Dann fragen wir den Senat, was er davon hält, und dann machen wir eine Runde durch die Fraktionen mit Kurzstatements bzw. eher Fragen, und dann sind Sie wieder dran und können die aufgeworfenen Fragen beantworten. Dann gucken wir auf die Uhr, und dann ist es wahrscheinlich schon ziemlich spät.

Ich sage gleich zu Beginn, auch mit Hinblick auf die weitere Tagesordnung: Wir haben jetzt 10.30 Uhr. Der Ausschuss an sich geht bis 12.00 Uhr. Wir haben aus pandemischen Gründen eine absolute Deadline bis 12.30 Uhr, aber es gibt auch mehrere Kollegen, die danach noch zu einem anderen Ausschuss müssen. Deswegen versuchen wir das immer, ein bisschen einzugrenzen. Ich sehe ein bisschen, dass wir möglicherweise unseren Zeitplan heute nicht ganz schaffen und Tagesordnungspunkte vertagen müssen. Aber wir fangen jetzt erst mal an. Die CDU hat das Wort. – Bitte schön!

Claudio Jupe (CDU): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Unser Anliegen ist, den Europagedanken virulent zu halten und zu machen, und dazu ist diese Konferenz, die in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu unserer heutigen Ausschusssitzung des Europaausschusses stattfindet, geeignet, wie wir meinen, und wir sind wissbegierig zu hören, was für Vorschläge es gibt.

Ich will hier keine lange Rede halten. Man kann das alles in allen möglichen Erklärungen, die von den Repräsentanten der EU abgegeben worden sind, nachlesen. Darauf will ich hier verzichten. Ich freue mich, dass wir den Tagesordnungspunkt heute abarbeiten können. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Wir machen ein Wortprotokoll, wo alles nachlesbar ist, was wir heute besprechen. Außerdem wird natürlich das Ganze, wie die Sitzung bisher auch schon, weltweit im Livestream des Abgeordnetenhauses übertragen. Ich hoffe, dass alle Anzuhörenden damit einverstanden sind. Dann fangen wir jetzt mit den Anzuhörenden an. – Herr Knapp! Sie haben das Wort.

Manuel Knapp (Europa-Union Berlin e. V.; Mitglied des Landesvorstandes): Danke, sehr geehrter Herr Vorsitzender Otto! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Woop! Ich darf heute zu diesem Tagesordnungspunkt die Europa-Union Berlin vertreten. Meine Kollegin Katharina Borngässer hat Ihnen gerade schon einen Einblick in unsere vielfältige Europaarbeit gegeben.

Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass die Europa-Union seit 1949 hier in Berlin überkonfessionell und überparteilich für ein föderales und verbindendes Europa in einem weltoffenen Berlin eintritt. Das ist unter anderem der Grundgedanke von Otto Bach gewesen, der einer Ihrer Vorgänger war.

Unsere ehrenamtliche Arbeit wird von über 750 Mitgliedern in der Stadt getragen. Wir organisieren das ganze Jahr hinweg Veranstaltungen zu aktuellen europapolitischen Themen in unterschiedlichen Formaten und für unterschiedliche Zielgruppen.

Im europäischen Ehrenamt ist es wie im Sport: Da zählt der Teamgeist, und wir haben uns in den letzten Jahrzehnten ein breites zivilgesellschaftliches Netzwerk hier in der Stadt aus Verbänden und Persönlichkeiten aufbauen können. Natürlich auch dank der Unterstützung des Abgeordnetenhauses und der Berliner Verwaltung im Senat und in den Bezirken, bieten wir vielfältige Veranstaltungen zu den Europathemen an – das für Sie zur Einordnung, dass wir mit dem Europathema schon seit über sieben Jahrzehnten in Berlin unterwegs sind, vorweggeschickt.

Deswegen mussten wir auch nicht zweimal überlegen, als die Gründung der Berliner Initiative zur Zukunftskonferenz ausgehend von Herrn Dr. Johann und der EAB ins Leben gerufen wurde, sodass wir da natürlich sofort mitgemacht haben. Wir sind davon überzeugt, dass nur ein breites Bündnis aus der Zivilgesellschaft und aus Persönlichkeiten den Dialog in der Stadt über Europa zum Erfolg verhelfen kann. Berlin – das haben Sie gerade auch schon diskutiert – besitzt Strahlkraft. Deswegen ist es wichtig, was wir in den nächsten zwölf Monaten und darüber hinaus auf die Beine stellen.

Dieser kurze Vorspann soll Ihnen verdeutlichen, warum wir uns im Rahmen der Zukunftskonferenz besonders für die Themenbereiche Europaabildung, Europaehrenamt und grundsätzlich Europaengagement interessieren. Wir begrüßen, dass es jetzt endlich losgeht, denn Europa geht in Klausur, und das ist gut und nötig. Für uns ist wichtig, dass die Konferenzergebnisse, die aufgenommen werden und erstellt werden, ernst genommen werden – mindestens so ernst, wie Sie das hier im Europaausschuss mit unserem Antrag heute gemacht haben. Aber das ist natürlich alles noch mal eine Stufe größer, und das Schöne daran ist: Es ist eben europaweit.

Uns ist wichtig, dass es keine Beteiligungssimulation wird, sondern dass – wenn Bürgerinnen und Bürger extra eingeladen werden, außerhalb der Reihe und über die gewohnten Verfahren zu Wort zu kommen – das gehört wird und nicht zur Simulation verkommt.

Wir müssen aber auch Erwartungsmanagement betreiben. Es geht hier um eine Konferenz und nicht um einen Konvent, so, wie Sie das vielleicht schon aus dem Nullerjahren kennen. Nichtsdestotrotz müssen die Ergebnisse in konkrete Gesetzesinitiativen fließen, sonst fragt man sich am Ende: Warum das Ganze?

Auch möchten wir betonen, dass diese Zukunftskonferenz und die Diskussion um die Weiterentwicklung unseres Kontinents nicht das parlamentarische Verfahren und die Demokratie ersetzen, sondern am Ende müssen auch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Europa diese Anregungen über die gewohnten Verfahren aufnehmen: über Artikel 48, wenn es zur Verfassungsänderung kommt, aber natürlich auch über die Gesetzesinitiativen aus der Kommission und die Initiativanträge im Parlament.

Eine Jahresfrist ist sehr sportlich. Wir finden es schade, dass auch im Hinblick auf die Wahlen in Frankreich so eine kurze Zeit vorgegeben wird. Wir sind ein bisschen eingequetscht zwischen der Pandemie, die als globales Ereignis wirkt, und dem Nationalen, und wir finden, Europa hätte hier mehr Aufmerksamkeit und vor allem auch mehr Zeit verdient.

Ich möchte aber auch noch betonen – das ist mein letzter Punkt –: Die Zukunftskonferenz ist etwas Außergewöhnliches, und wir begrüßen es sehr, dass die drei Präsidenten ein Papier vorgelegt haben, in dem sie ein faires Verfahren garantieren wollen, aber wir haben die Zukunftskonferenz ständig – hier in der Stadt auch im September, wenn man das so möchte: Wir wählen das Abgeordnetenhaus, wir bestimmen die BVVen und natürlich unsere Bundestagskandidatinnen und -kandidaten. Über all diese Wege bestimmen auch wir die Zukunft unseres Landes, aber auch Europas. Deswegen dürfen wir die Zukunftskonferenz nicht als Outsourcingveranstaltung verstehen, sondern genauso wichtig ist es, das Augenmerk auf die anstehenden Wahlen zu lenken.

Als Europa-Union stehen wir in Kontakt und in Kooperation mit den anderen Partnerinnen und Partnern der Berliner Initiative. Wir haben mit der EAB einen gemeinsamen Projektantrag im Auswärtigen Amt laufen, sodass wir in den nächsten Monaten – zusätzlich zu unserem Standardprogramm, das ich eingangs erwähnt habe, was wir immer tun – direkt auf die Bürgerinnen und Bürger, auch im Bezirk, zugehen, denn ein Europa der Bürgerinnen und Bürger entsteht dort, wo sie wohnen, wo sie leben, wo sie lieben, und das ist direkt vor Ort. – So viel vielleicht fürs Erste. Für Fragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung. Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Herr Knapp! – Wir machen gleich weiter mit Herrn Dr. Johann. – Bitte schön!

Dr. Christian Johann (Europäische Akademie Berlin; Direktor): Ein paar Pointen wurden mir schon genommen. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Woop! Ich freue mich sehr, heute hier zu sein. Ich habe eine Präsentation vorbereitet, um Ihnen die Berliner Initiative zur Konferenz zur Zukunft Europas einmal ganz kurz im Parforceritt vorzustellen. Ich möchte mich vom Großen dem Kleinen nähern und will mit den Fragen anfangen: Was sind die äußeren Bedingungen in Europa und Deutschland, die diese Konferenz begünstigen? Was bedeutet die Konferenz zur Zukunft Europas für Berlin ganz konkret? Welche Chancen sehen wir? Und dann möchte ich mit dem allerkonkretesten Punkt, den wir haben, schließen: Was sind die Ziele, Methoden, und Treffen, wer sind die Teilnehmer und Mitglieder der Berliner Initiative zur Zukunft Europas in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten?

Berliner Initiative

Konferenz zur Zukunft Europas



Ich beginne mit einer ganz einfachen Zahl: Drei von vier Menschen in Europa sind der Meinung, dass die Konferenz einen deutlichen Fortschritt für die Demokratie innerhalb der EU darstellen würde – Eurobarometerumfrage von Ende letzten Jahres.

Hier sehen wir eine Chance. Wenn in Europa 75 Prozent der Menschen ein Zeitfenster für mehr Demokratie sehen, dann ist unsere Aufgabe als Europäische Akademie Berlin, zum Beispiel im Verbund mit der Europa-Union, dafür zu sorgen, dass dieses Ansinnen aufgegriffen wird.

3 von 4

92%

92 Prozent – gleiche Umfrage – der Menschen stimmen voll und ganz oder eher zu, dass die Stimmen der EU-Bürger bei Entscheidungen über die Zukunft Europas stärker berücksichtigt werden sollten. Es ist also auch hier ein Auftrag an uns und eine Bestätigung für den grundlegenden demokratischen Willen und Wunsch innerhalb der Bevölkerung aller EU-Staaten.

Was ist die Konferenz zur Zukunft Europas?



Die Zukunft Europas in positiver Art beeinflussen

Gerechter, grüner und digitaler

Von der EU-Ebene bis in den Kiez

Wir werden heute noch mehr darüber hören: Was ist die Konferenz zur Zukunft Europas eigentlich? Was steckt dahinter? – Das erste Fazit, das wir ziehen können – alleine aus den Zah-

len und aus den äußeren Begleitumständen –, ist, dass sie sehr gut zu dem, was wir ohnehin in Berlin versuchen zu erreichen, passt, nämlich: Europa mehr zu leben, Europa mehr zu erklären, Europa besser zu verstehen, weil Europa unsere Zukunft ist. Sie ist also, ungeachtet aller Kritik, die wir auch noch hören werden, eine große Chance: eine Chance für Momentum, eine Chance für Austausch. Als Leiter einer Bildungseinrichtung mit Schwerpunkt Europa muss ich jede Chance, über Europa sprechen zu können, nutzen: ob es die Sitzplätze auf dem Sofa oder auf dem Stuhl sind, die Verfassungsänderung, die angestrebt wird, oder eben die Konferenz zur Zukunft Europas. Darüber haben wir beim letzten Mal, am 10. März, gesprochen: Europa in Berlin ist eine Säule der Arbeit der Europäischen Akademie Berlin. Deswegen haben wir diesen besonderen Ansporn, bei der Initiative mitzuwirken und mitzumachen. Wir müssen mit Menschen in Berlin über Europa sprechen.

Das Schöne dabei ist, dass ich kein Erwartungsmanagement betreiben muss, sondern das Ganze als Chance sehe, um mehr Europa ins Rampenlicht zu rücken, und deswegen danke ich Ihnen auch ganz besonders dafür, dass wir uns hier heute vorstellen dürfen.



48 %

Die nächste Zahl: 48 Prozent. Jetzt kommen wir auf die Ebene Deutschland und Berlin. 48 Prozent der Deutschen sind eher für eine Europäische Union, aber nicht so, wie sie bisher realisiert wurde. Die Hälfte der Menschen sagt: EU – das ist gut, aber wir müssen darüber sprechen. Dieses Zeitfenster öffnet sich, und das Gespräch, das gewünscht wird, möchten wir mit initiieren, begleiten und ermöglichen.

Wenn man die beiden Ziffern umdreht – wenn man auf 84 kommt –, ist das eine FORSA-Umfrage, die im Auftrag der Europäischen Bewegung Deutschland durchgeführt wurde, ebenfalls vor kurzer Zeit. Da wurde von 84 Prozent der Menschen gesagt: Europa und die EU sollten in den Wahlkämpfen, die jetzt gerade allerorten anstehen, eine größere Rolle spielen, und deswegen – die Pointe ist schon weg – ist auch für uns am 26. September Europawahl.

Die Frage ist: Sind das wirklich die in Brüssel, oder sind es nicht eigentlich alles Menschen, die wir dort irgendwann mal hingeschickt haben?

Dann komme ich jetzt ganz konkret zu dem, was die Berliner Initiative zur Konferenz zur Zukunft Europas macht. Sie wirft aus Berlin heraus einen Blick auf Europa und auf die Zukunft Europas.

Berliner Initiative zur Konferenz zur Zukunft Europas

Stimmen, Hoffnungen und Ideen

Berlin beteiligt sich am Gespräch zu Europa

Kooperationen, Projektideen und Austausch zu Berliner Ansätzen



Das heißt, alle Themen, die wir besprechen, und alle Fragen, denen wir uns widmen, sind immer in dem Dreieck angeordnet: Berlin, Europa, Zukunft. In dieses Dreieck schmeißen wir alle möglichen Themen rein: Sport, Kunst, Kultur, Rassismus, Zusammenleben, aber auch Gastronomie, Umweltschutz. All diese Dinge wollen wir beleuchten mit den Fragen: Berlin, Europa, Zukunft.



Ganz kurz – es ist nicht ganz so übersichtlich –: Wir haben die Partner und die Genese der Berliner Initiative zur Konferenz zur Zukunft Europas mit auf diesen Zeitstrahl aufgenommen. Es sind gar nicht mehr alle aufgeführt, aber Sie sehen: Das ist ein breites Bündnis, vor allem getragen – deswegen mein großer Dank – von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa, die auch heute hier im Raum ist und die das von Anfang an mit Grußworten, mit konkreter Mitarbeit in Projektgruppen, die wir initiiert haben, aber vor allem auch mit der Verbreitung unserer Idee mitunterstützt hat. Dafür ein großes Dankeschön, auch von den anderen Mitgliedern dieser Initiative und vor allem auch an die Europaexperten, die alle mit an Bord sind!

Es sind aber nicht nur die professionellen Europäer, über die wir sprechen, oder die, die ohnehin – wie Herr Knapp – einen Großteil ihrer Freizeit dem Europagedanken widmen, sondern – und das ist ganz zentral, darauf werde ich gleich noch eingehen – es sind auch Organisationen und Ehrenamtliche, die sonst außerhalb dieser Europablase – so muss man sie auch nennen – aktiv sind.

Auf der Folie sehe ich den Landessportbund Berlin, ich sehe die NGO wirBERLIN, die sich für Stadtgesundheit und besseres Klima in der Stadt, für Kiezsauberkeit, für Gewässerreinigung einsetzt, das Museum Europäischer Kulturen – da ist Europa schon wieder mit drin. Ich will aber zeigen, dass es eben nicht nur um Politik und die üblichen Verdächtigen geht, sondern um Organisationen, die in Berlin eine tragende Rolle der Zivilgesellschaft darstellen und die sich dieser Initiative der Zukunft Europas widmen möchten.

Ganz konkret ein Beispiel, dass wir in den nächsten Tagen und Wochen besprechen werden: 45 Prozent der Menschen in Europa und 60 Prozent der Menschen in Deutschland sehen im Klimawandel und in Umweltfragen die größten globalen Herausforderungen für die Zukunft der EU.

Größte Herausforderungen?

Überfüllte Mülleimer
Verdreckte Parks
Plastik, wohin man nur schaut

45 % (Europa)
60 % (Deutschland)

Hier sieht man, ganz konkret, weil es vorhin auch Thema war: Die EU wirkt in den Kiez, in die Hochhaussiedlung, wenn EU-Richtlinien umgesetzt werden müssen, im Bezirk.

Dieses Thema besprechen wir, um Ihnen eine ganz konkrete Vorstellung und ein ganz konkretes Beispiel zu geben, am 27. Mai in einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Mietgeschirr, wo wir EU-Richtlinien besprechen, die schon beschlossen sind und sich 2023 hier mit der Bestimmung, dass Restaurants über 80 Quadratmeterfläche kein Wegwerfgeschirr mehr ausgeben dürfen, niederschlagen werden. Das heißt, wir sehen hier ganz konkret: Eine EU-Richtlinie muss vor Ort umgesetzt werden, und das besprechen wir. Jetzt ist noch genug Zeit. Sie wissen alle, dass die Menschen am 1. Januar 2023 sagen werden: Mensch! Was habt ihr euch da in Brüssel ausgedacht? Das kam völlig überraschend. – Wir wollen dem in unserem Format, in der Initiative mit Blick auf die Zukunft vorgehen und das Ganze mit Leben füllen.

Wo in Berlin kann man sich über
europäische Politik informieren
und wie kann man sich beteiligen?



Mit welcher Schulnote (1 – 6) bewerten
Sie den Fortschritt der Digitalisierung
durch die EU während der Corona
Pandemie?



Wie sollte die EU Berlin dabei
helfen grüner zu werden?

Eine Arbeitsgemeinschaft, die wir gegründet haben, hat einen Fragenkatalog entwickelt. Ich habe heute den Jahresbericht der Europäischen Akademie Berlin mitgebracht, und der soll Ihnen einen Eindruck davon geben, dass wir als unter anderem Europäische Akademie, aber auch zusammen mit vielen anderen, die dabei sind, eine wunderbare Chance haben, weil wir sowieso schon mit Menschen zum Thema Europa im Gespräch sind. Das bedeutet, dass wir in den Dutzenden und Hunderten Veranstaltungen, wo Europa eine Rolle spielt, die ohnehin jedes Jahr stattfinden, gemeinsam Fragen an diese Menschen stellen können und gemeinsam aus Berlin heraus auch Antworten finden können: Wie stellt ihr euch eigentlich, die ihr hier in dieser Stadt lebt, die Zukunft vor, und was kann Europa dazu beitragen, und wie hat das Auswirkungen auf die Europäische Union?

Deswegen schließe ich mit dem Plädoyer, dass wir diese Chance dieser Conference on the Future of Europe alle gemeinsam nutzen, um in Berlin über die Zukunft zu sprechen, die ohne Frage europäisch sein wird. – Vielen Dank!



Fragen?

Kontakt

Christian Johann
christian.johann@eab-berlin.eu
030 89 595 112
www.zukunftskonferenz.berlin

Quellen:

Daten aus der durchgeführten Eurobarometer-Umfrage. Die Befragung fand statt zwischen dem 22. Oktober und dem 20. November 2020 in allen EU-Mitgliedstaaten.

Folie 2: QA6.2 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen über die Konferenz zur Zukunft Europas zu oder nicht zu? Die Konferenz würde einen deutlichen Fortschritt für die Demokratie innerhalb der EU darstellen.

Folie 3: QA4.1 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Die Stimme der EU-Bürger sollte bei Entscheidungen über die Zukunft Europas stärker berücksichtigt werden.

Folie 5: QA29 Welcher der folgenden über die Europäische Union kommt Ihrer Meinung am nächsten?

Folie 8: QA12 Welche der folgenden sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen für die Zukunft der EU?

<https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2021/future-of-europe-2021/de-key-findings.pdf>

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Herr Dr. Johann! – Wir machen jetzt über unser Portal mit Frau Sarah Bittner vom European Youth Parliament weiter. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Sarah Bittner (Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa; Kommunikationsmanagerin European Youth Parliament) [zugeschaltet]: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Abgeordnete! Zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung! Ich

darf Ihnen heute einen kurzen Überblick über die Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa und unsere Aktivitäten mit Bezug zur Konferenz zur Zukunft Europas geben.



Wir bei der Schwarzkopf-Stiftung glauben fest daran, dass die Ideen junger Menschen ein großes Potenzial mit sich bringen, um den europäischen Zusammenhalt zu stärken. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass junge Menschen sich aktiv an der Gesellschaft beteiligen und schaffen Möglichkeiten für Begegnungen, persönliche Entwicklung und für aktive zivilgesellschaftliche Teilnahme.





Junge Menschen stärken den europäischen Zusammenhalt. Deshalb stärken wir sie.

Schwarzkopf Foundation Young Europe

Hier ein paar Zahlen und Fakten zur Stiftung: Diese wurde 1971 in Hamburg gegründet. Wir konnten daher am 1. April unser 50-jähriges Jubiläum feiern. Seither haben wir ein stetiges Wachstum verzeichnet.





Unsere Themen

Jugendbeteiligung	Europa
Migrationsgesellschaft	Demokratiebildung

Schwarzkopf Foundation Young Europe

Unsere Themenschwerpunkte sind Jugendbeteiligung, Europa, Migrationsgesellschaft und Demokratiebildung. Wir setzen uns für eine tolerante und pluralistische europäische Zivilgesellschaft ein, denn unser Ziel ist ein Europa der Offenheit, Solidarität und Demokratie. Wie setzen wir das um? – Durch unsere Jugendnetzwerke!



Unser Ziel

Wir wollen ein Europa der **Offenheit, Solidarität und Demokratie** und setzen uns für eine tolerante und pluralistische europäische Zivilgesellschaft ein.

Wir wollen alle jungen Menschen befähigen, aktive europäische Bürgerinnen und Bürger zu sein, **die zu einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft und zum gegenseitigen Verständnis beitragen.**

Schwarzkopf Foundation Young Europe



Das European Youth Parliament – EYP – ist eine der größten europäischen Plattformen für Peer-to-Peer-Bildung, politische Debatten und interkulturelle Begegnungen. Wir sind in 40 europäischen Ländern vertreten und erreichen durch unsere Veranstaltungen jährlich über 30 000 junge Menschen. Dies wird durch das Engagement unserer jungen Ehrenamtlichen ermöglicht.



Das Bildungsnetzwerk Understanding Europe bringt europäische Themen in das Klassenzimmer und gestaltet Peer-Seminare auf Augenhöhe. Die Dialogplattform Junge Islam-Konferenz bietet jungen Menschen die Möglichkeit, Diskurse rund um das Zusammenleben in

der Migrationsgesellschaft mitzugestalten – das alles natürlich unabhängig von Herkunft und Religiosität.

Darüber hinaus organisiert die Schwarzkopf-Stiftung jährlich um die 60 Diskussionsveranstaltungen. Hier bringen wir junge Menschen mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, Expertinnen und Experten und Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ins Gespräch.



Veranstaltungen

Europäische
Freiwilligenhauptstadt
2021

Young European
of the Year

Schwarzkopf Foundation Young Europe

Gemeinsam mit dem Betterplace-Lab übernimmt die Schwarzkopf-Stiftung das Projektbüro von Berlin als Europäische Freiwilligenhauptstadt 2021. Mit der Trägerschaft möchten wir das Engagement und Demokratie in Berlin weiter fördern.

Der Preis für den oder die Young European of the Year wird an junge Europäerinnen und Europäer verliehen, die sich in herausragender Weise für ein friedliches und vielfältiges Europa engagieren. Dieses Jahr ist es Alexandru Manda, ein rumänischer Aktivist für die Rechte von Kindern und Jugendlichen.

Wir haben außerdem noch viele andere interessante Projekte, aber leider nicht die Zeit, auf diese einzugehen. Daher werde ich nun konkret über unsere Aktivitäten im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas sprechen.

Und viele andere Projekte...



- Margot-Friedländer-Preis
- Young Ambassadors Against Antisemitism
- Schwarzkopf-Europa-Preis
- Reisestipendien
- Kompetenznetzwerk Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft
- Postmigrant Europe
- Instagram Channel: Beyond a single story

Schwarzkopf Foundation Young Europe

KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS



Schwarzkopf Foundation Young Europe

Das European Youth Parliament ist sehr stolz darauf, einer der führenden Jugendorganisationen zu sein, welche junge Menschen mit der Unterstützung des Europäischen Parlaments mit in die Konferenz zur Zukunft Europas einbezieht. Mit einer Reihe von Projekten dieses und nächsten Jahr und Veranstaltungen in über 20 europäischen Städten wird das EYP die inklusive Teilhabe von jungen Europäerinnen und Europäern fördern.

Das machen wir beispielsweise mit der Jugendumfrage zur Zukunft Europas. Hier können junge Menschen die Relevanz wichtiger europäischer Themen bewerten und ihre Meinung zu spezifischen Ideen abgeben. Außerdem werden in den internationalen Sitzungen des European

Youth Parliaments jeweils mehr als 250 junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer Themen mit Bezug zur Zukunft Europas diskutieren.

EYP Aktivitäten



• Stärkung von jungen Stimmen und inklusiver Teilhabe von Jugendlichen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas (mit der Unterstützung des Europäischen Parlaments):

- [Jugendumfrage zur Zukunft Europas](#)
- **ConnectingYoungEurope:** Internationale Sitzungen des European Youth Parliaments (Milan 24.04. – 01.05., Warschau 03.07. – 11.07., und Ljubljana 31.07. – 08.08. 2021)
- **#InclusiveParticipation:** 14 Digitale Veranstaltungen
- **#YouthImpact:** Treffen mit EU-Entscheidungsträger*innen in Brüssel
- **#InnovationLab:** Aktivierung junger Menschen durch innovative Kommunikation

Schwarzkopf Foundation Young Europe

Diese Woche findet unsere Konferenz statt, geplanterweise in Milan, allerdings mussten wir aufgrund der Covid-19-Situation in den digitalen Bereich wechseln. Außerdem organisieren wir 14 digitale Veranstaltungen und werden ein Treffen mit EU-Entscheidungsträgern in Brüssel abhalten.

Understanding Europe Aktivitäten



- Vorbereitung junger Teilnehmender der Konferenz durch unsere **EU-Kompakt-Kurse** (zu Geschichte, Institutionen und Teilhabe in Europa)
- **Workshops zur Zukunft Europas** ermutigen Schüler*innen in den 11 Ländern unseres Peer-Bildungsnetzwerks zu Diskussion und politischer Beteiligung
- **Assemblies of Solidarity** im Rahmen der Initiative „Citizens Take Over Europe“

Schwarzkopf Foundation Young Europe

2022 werden wir ein Innovation-Lab organisieren. Hier liegt der Fokus auf der Befähigung von jungen Menschen, mit innovativen Kommunikationsmethoden zum Prozess der Konferenz beizutragen und bisherige Aktivitäten und Ergebnisse sinnvoll nachzubereiten.

Understanding Europe geplante Aktivitäten fokussieren sich auf die Vorbereitung junger Teilnehmender der Konferenz durch sogenannte EU-Kompaktkurse. Diese drehen sich um die Geschichte, Institutionen und Teilhabe in Europa. Es ist außerdem geplant, im Rahmen der Kurse Workshops in den elf Ländern des Netzwerkes anzubieten und damit politische Beteiligung von Schülerinnen und Schülern zu fördern

Im Rahmen der NGO-Initiative „Citizens Take Over Europe“ werden Bürgerinnen und Bürger auf digitaler und lokaler Ebene in den sogenannten „Assemblies of Solidarity“ ins Gespräch gebracht. – Das war ein kurzer Überblick über die Aktivitäten der Schwarzkopf-Stiftung, und wir sind natürlich gerne bereit, Fragen zu beantworten.

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank, Frau Bittner! – Dann machen wir jetzt mit Herrn Prof. Engels weiter. – Auch Sie haben fünf bis sieben Minuten. Bitte!

Prof. Dr. David Engels (Instytut Zachodni; Historiker) [zugeschaltet]: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haben Sie zunächst herzlichen Dank für Ihre freundliche Einladung zu dieser Anhörung! Ich fühle mich sehr geehrt und freue mich auf den Austausch.

Schon seit längerer Zeit wird in den Medien und den politischen Zirkeln von jener großen Konferenz zur Zukunft Europas gesprochen, für die sich Emmanuel Macron und später Ursula von der Leyen eine grundlegende Reform der EU auf die Fahnen geschrieben haben. Trotz langwieriger Vorbereitungen ist die konkrete Durchführung jener Konferenz allerdings bislang sowohl von der mangelnden Begeisterung des Europäischen Rats als auch von inneren Quisquilien und schließlich der Coronaviruspandemie behindert worden. Doch ist zu vermuten, dass zumindest der EU-Bürgerdialog, der den Auftakt der Planung bilden soll, wie geplant im Mai starten wird und auf Grundlage der Befragung eines repräsentativen Querschnitts der Bevölkerung in einer Reihe konkreter Vorschläge münden soll, die ihrerseits als basisdemokratische Legitimation der angedachten Reformen fungieren sollen.

Nun ist im Prinzip gegen eine Reform der EU nichts einzuwenden, haben die Euro-, Migrations-, Brexit- und Coronakrisen doch deutlich gezeigt, wie viel im Argen liegt. Gerade ich als deutsch- und französischsprachiger Belgier, der mittlerweile in Polen wohnt und sich als überzeugter Europäer definiert, kann daher alle Überlegungen zu einer echten Vertiefung der europäischen Integration nur unterstützen. Bedenkt man allerdings die tief verwurzelte Tradition der europäischen Institutionen, eine wirkliche Ergebnisoffenheit durch bewusste Steuerung der Entscheidungsprozesse und durch klare ideologische Ausgangsvorgaben eher zu verhindern als zu fördern, steht zu befürchten, dass jener Reformprozess die systemischen Probleme der EU noch vertiefen wird, anstatt sie zu beseitigen.

Wie komme ich zu diesem Urteil? – Vielleicht bin ich in meiner Einschätzung der EU allzu pessimistisch geworden, und sollte dies der Fall sein, bitte ich Sie zu glauben, dass ich der Erste bin, der dankbar ist, wenn sich meine Befürchtungen als überzogen herausstellen. Doch

gerade die letzten Jahre haben leider allzu deutlich gezeigt, welcher Abgrund sich zwischen dem idealistischen Vokabular der EU und dem bedenklichen Geist, der hinter ihm steckt, auf tut, sodass bei vielen Bürgern allmählich der gegebene Vertrauensvorschuss aufgebracht ist und die Erkenntnis dämmert, dass ein rein relativistisches und rechtspositivistisches Staatsverständnis langfristig in die Irre führen muss, da ihm jene transzendente Verankerung fehlt, die im Westen lange Zeit durch das christliche Menschen- und Gottesbild gegeben war.

Bereits die auf der Seite der EU-Kommission nachzulesende gemeinsame Erklärung mit ihrer Liste der durch den Bürgerdialog abzuarbeitenden Themen zeigt dem Verbund mit dem gegenwärtigen Zeitgeist ganz klar die Richtung jener Umbaupläne. Hinter der Bekämpfung des Klimawandels dürfte sich eine kontinentale Ausweitung der selbstzerstörerischen Energiewende verbergen, hinter der sozialen Gerechtigkeit die weitere Enteignung des Mittelstands zugunsten des gegenwärtigen Milliardärsozialismus, hinter der Solidarität zwischen den Generationen der Abbau künftiger – zugunsten jetziger – Renten, hinter dem digitalen Wandel die Einführung EU-weiter Überwachungsmechanismen, hinter den europäischen Werten die üblichen Gender- und Quotenforderungen, hinter der Rechtsstaatlichkeit die gezielte Schwächung der konservativen Ausreißer in Polen und Ungarn und der internen Oppositionen, hinter den Herausforderungen im Bereich Migration die weitere Ausdehnung unkontrollierter Zuwanderung und hinter der Fähigkeit der EU, ihre politischen Prioritäten umzusetzen, die weitere Aushebelung der nationalen Demokratien.

Kann dies sowohl im Interesse der europäischen Bürger wie auch des Fortlebens der abendländischen Zivilisation sein? – Schwerlich – zumindest aus einer konservativen und hesperialistischen, also europapatriotischen, Perspektive! Freilich: Es ist zu erwarten, dass allzu tiefgreifende Reformen durch die legendäre Schwerfälligkeit der europäischen Strukturen selbst verhindert werden und dass der Europäische Rat aufgrund seiner inneren Uneinstimmigkeit der faktischen Selbstermächtigung von Parlament und Kommission einen Riegel vorschiebt. Dann bliebe es einmal mehr dabei, dass die EU mit großem Aufwand letztlich doch nur wie der Berg eine Maus kreißt.

Doch selbst eine solche Stagnation wäre alles andere als wünschenswert. Europa befindet sich in der Tat in der Sackgasse und braucht eine fundamentale Reform, um die inneren und äußeren Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bestehen. Doch beide gegenwärtig auf dem Tisch liegenden Lösungsansätze sind falsch. Die föderalistische Lösung, wie sie bei den Brüsseler Eliten so beliebt ist, leidet an dem Grundübel, dass sie nicht auf einen echten abendländischen Patriotismus rekurriert, sondern einen universalistischen Menschenrechtskult, der ungeeignet ist, alleine Europa zu einer emotionalen Solidargemeinschaft zu verschweißen.

Doch auch die Rückkehr zum Nationalstaat bzw. zu einer nur losen Wirtschaftsgemeinschaft, wie sie viele sogenannte populistische Parteien lange vertraten und manchmal immer noch vertreten, scheint mir gefährlich, da sie erneut zur inneren politischen Fragmentierung Europas und zur Instrumentalisierung dieser Konflikte durch die umliegenden Mächte führen wird.

Ich habe versucht, in meinem eigenen Entwurf einer Präambel für eine künftige Europäische Union, die auf Anstoß des polnischen Intellektuellenverbands entstanden ist, zu zeigen, dass es zum einen einer Rückbesinnung auf unsere eigene Geschichte bedarf – etwa die institutionellen Strukturen des Sacrum Imperium oder der Polnisch-Litauischen Union –, um uns neue Inspirationen zu liefern, wie wir Schutz nach außen mit Autonomie und Gleichgewicht im Inneren verbinden können.

Zum anderen aber – wichtiger als alles andere – täte ein erneutes positives Verhältnis zu jener ganz besonderen kulturellen Identität not, die uns Abendländer weder besser noch schlechter als andere Zivilisationen, aber eben einzigartig macht, um eine gesamteuropäische und integrationsmächtige Leitkultur zu definieren. Davon sind wir heute meilenweit entfernt. Es steht zu befürchten, dass eben auch die Konferenz zur Zukunft Europas diese Problemstellung nicht nur nicht aufgreifen, sondern aufgrund ihrer ideologischen Grundlagen in ihrer Dringlichkeit gar nicht erst verstehen wird – verstehen will. Umso wichtiger ist es für die europapatriotischen Parteien, sich redlich darum zu bemühen, diese Konferenz tatkräftig mitzugestalten, wenn auch vorläufig mit wenig Hoffnung auf einen wirklichen Wandel. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Herr Prof. Engels! – Jetzt haben wir abschließend in dieser ersten Runde Herrn Kalojan Hoffmeister, Vorstandsmitglied der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg. Auch Sie haben das Wort im Rahmen von fünf bis sieben Minuten. – Bitte schön!

Kalojan Hoffmeister (Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e. V.; Vorstandsmitglied) [zugeschaltet]: Sehr gerne! Herzlichen Dank! – Daran werde ich mich halten. Sehr geehrter Herr Vorsitzender Otto! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Auch im Namen der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg bedanke ich mich zunächst ganz herzlich für die Möglichkeit, hier an dieser Anhörung aktiv mitzuwirken. Nach Absprache auch mit unserem Bundesverband sind für uns Junge Europäische Föderalisten drei Punkte sehr wichtig. Erstens muss sichergestellt werden, dass ein partizipatives, transparentes und nachhaltiges Verfahren, bei dem vor allem die Stimme der jungen Generation deutlich gehört wird, entsteht. Zweitens muss eine progressive inhaltliche Schwerpunktsetzung gesichert sein. Drittens fordern wir eine glaubwürdige Umsetzung der Konferenzbeschlüsse.

Mit Blick auf das Verfahren stellen wir leider fest, dass seit der Sorbonne-Rede von Macron 2017 schon fast vier Jahre vergangen sind, um die Konferenz endlich aufs Gleis zu setzen. Auch die Streitereien um den Vorsitz der Konferenz sind in unseren Augen sehr bedauerenswert. Es bleibt also zu hoffen, dass hierdurch nicht eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners auch auf die Substanz der Konferenz durchschlagen wird.

Wir als Junge Europäischen Bewegung – JEB – möchten daher als fester Partner mitarbeiten und wünschen uns einen inklusiven, öffentlichen und transparenten Prozess, den vollen Zu-

griff auf konferenzrelevante Informationen und die Möglichkeit, mit eigenen Veranstaltungen zur Konferenz und der öffentlichen Debatte beitragen zu können. Als überparteilicher und demokratisch organisierter Jugendverband möchten wir uns darüber hinaus auch gerne als Expertinnen und Experten anbieten, die nicht nur zu Fragen der Zukunft Europas, sondern auch zu grundlegenden demokratischen Prozessen beratend zur Seite stehen.

Schließlich ist für uns – das wurde schon angesprochen – ein Punkt sehr zentral: Die Zukunft Europas, die Zukunft des Kontinents, kann nicht innerhalb von einem Jahr diskutiert werden. Die Qualität und die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger müssen an erster Stelle stehen. Eine Verlängerung der Konferenz ist daher aus unserer Sicht unerlässlich, und wir schlagen vor, dass die bis dato vorgesehenen Endzeitpunkte im Frühjahr des nächsten Jahres lediglich als Etappenziel begriffen werden.

Bei den inhaltlichen Schwerpunkten gilt damals wie auch heute: Eine institutionelle Neugestaltung der EU zur Bewältigung der jetzigen und der künftigen Herausforderungen ist unabdingbar. Vor dem Hintergrund der antidemokratischen Tendenzen und der geopolitischen Bedrohung – ich gucke in den letzten Tagen z. B. auf die Ukraine, auf asyl- und migrationspolitische Fragen, aber auch auf die eben angesprochene Digitalisierung und insbesondere den Klimawandel, Herr Johann hat die Zahlen erwähnt – steht das jetzige politische System der EU vor einem Wendepunkt. Daher muss sich die Zukunftskonferenz auch der Frage der Finalität der EU stellen. Alles andere würde aus unserer Sicht in absehbarer Zukunft den europäischen Zusammenhalt gefährden.

Erlauben Sie mir eine kurze Anmerkung zu meinem Vorredner! – Sie sprachen von Kult, von Föderalismus, von Brüsseler Eliten. – Ich sehe das anders. Im Übrigen bestätigen die Zahlen von Herrn Johann, die Forsa-Umfragen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Europa will, aber ein anderes Europa und ein effektiveres Europa. Ich würde nicht von einem Kult oder Brüsseler Eliten sprechen.

Konkret heißt dies aus unserer Sicht, dass über die Handlungsfähigkeit der Union nach innen und auch nach außen diskutiert werden sollte. Das umfasst beispielsweise ein transnationales Wahlrecht, Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat im Bereich von Steuer-, Sozial- und Außenpolitik, die Transformation zum klimaneutralen Kontinent und – das ist mir als Student auch persönlich wichtig – die Einführung einer neuen, fünften Grundfreiheit, einer Bildungsfreizügigkeit für Schülerinnen und Schüler, für Auszubildende und Studierende. Das sind alles Themen, die angesprochen werden sollten und über die ergebnisoffen diskutiert werden kann.

Zur Umsetzung: Für uns ist klar, dass die Ergebnisse der Debatte zu verbindlichen Resultaten führen müssen. Andernfalls droht der Anspruch der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, zu einer absoluten Farce zu verkommen, und der Vertrauensverlust, der angesprochen wurde, würde nur vertieft werden. Wir fordern daher, dass die Konferenz zur Zukunft Europas auch in einen Konvent zur Zukunft Europas münden sollte. Nur weil Vertragsänderungsprozesse langwierig sind und in manchen Ländern auch Referenda erforderlich sind, sollten wir nicht unseren Kopf in den Sand stecken. Im Gegenteil! Wir wünschen uns daher, dass Sie im Abgeordnetenhaus – das ganze Abgeordnetenhaus – regelmäßig über die Fortschritte in der Konferenz beraten und sich am Ende politisch dafür einsetzen, dass als nächster Schritt ein Konvent kommt.

Zum Schluss bleibt festzustellen, dass die Westbindung unter Adenauer, die Ostpolitik unter Brandt und auch die Wiedervereinigung unter Kohl nicht ohne die Unterstützung unserer Freunde in Europa möglich gewesen wären. Doch wofür steht denn mittlerweile die Europapolitik von Schröder und Merkel? Der Vertrag von Lissabon kann und darf nicht das letzte Wort gewesen sein. Ich plädiere daher dafür, dass wir die Voraussetzung für ein neues Vertragswerk schaffen müssen. Falls die Konferenz doch schon bereits in einem Jahr enden sollte, so würden wir uns zumindest wünschen, dass die französische Präsidentschaft im nächsten Jahr einen Konvent zumindest eröffnet und bereits die tschechische Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2022 die Ergebnisse ggf. abschließen könnte. Man könnte auch über einen Verfassungsvertrag von Prag träumen. Wir jungen Europäerinnen und Europäer leben jedenfalls dieses Europa schon heute und wollen es weiter mitgestalten. Auch in diesem Sinne: Vive l'Europe! Es lebe Europa! – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Damit sind wir jetzt einmal mit den Anzuhörenden durch. Ich würde jetzt Herrn Staatssekretär Woop das Wort geben, damit Sie aus der Sicht des Senats kommentieren oder ergänzen können. – Bitte schön!

Staatssekretär Gerry Woop (SenKultEuropa): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Anzuhörende! Es war ein sehr interessantes Bild, das Sie hier gezeichnet haben. Der Mehrheit der Ausführungen der Anzuhörenden kann ich mich gut anschließen. Wir haben jetzt die Situation – ich teile das, was der letzte Redner auch gesagt hat –, dass wir etwas lange für den Start der Konferenz gebraucht haben. Aber nun, am 9. Mai, in Straßburg, ist es soweit: Der Start der Konferenz findet statt, und diese Debatte kann beginnen.

Wir halten es als Senat für sehr wichtig, dass dieser neue Impuls gesetzt wird, um sehr breit und auch sehr intensiv die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas zur Zukunft der Europäischen Union zu führen und zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Wenn man zurückschaut, gerade nach dem zurückliegenden Brexit, dem ersten Ausstieg eines Landes aus der Europäischen Union, ist es gerade vor den aktuellen Herausforderungen, wie wir sie zur Digitalisierung, zum Green Deal und anderen Themen immer wieder diskutieren, aber auch fast zwanzig Jahre nach dem Verfassungskonvent, der am Ende des Tages leider gescheitert ist, außerordentlich wichtig, dass ein neuer Impuls gesetzt wird und nun auch eine neue Diskussion beginnt.

Die drei Säulen, die diese Konferenz ausmachen, empfinden wir als ein sehr gutes Setting für die Beteiligung verschiedener Akteure und verschiedener Ebenen, die wir aus dem Politikmechanismus, auch der Europäischen Union, kennen. Dort ist eine sehr breite Möglichkeit für die Beteiligung gegeben. Wir haben zum einen den Exekutivausschuss. Wir haben zum anderen das Plenum mit fast 300 Mitgliedern; das wird sich diese Woche noch mit den Beschlussfassungen des Exekutivausschusses verfestigen. Dort werden unter anderem die nationalen Parlamente vertreten sein – der Bundesrat und auch wir als Land über diese Vertretung des Bundesrates mit Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Diskussion –, aber auch die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteure, die dort eingebunden werden, sind an dieser Stelle zu nennen. Zum Dritten haben wir die Bürgerforen, die sehr unmittelbar organisiert werden und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort repräsentativ ermöglichen. Das sind drei sehr wichtige Säulen, die dann zu einem Ergebnis kommen können.

Wir haben zum Zweiten die Situation, dass wir ein Jahr Zeit haben. Das bedauere ich auch. Das bringen wir als Berliner Vertreter in die Diskussionen immer wieder ein, wenn es um den Rahmen geht. Wenn wir mit der Debatte zu der Konferenz später gestartet sind, dann macht es eigentlich nicht so viel Sinn, die Zeit am Ende des Prozesses begrenzt zu halten. Deswegen haben wir jetzt nur ein Jahr. Ich nehme das gerne auf und habe auch selbst schon vertreten, dass wir vielleicht im Diskussionsprozess dahin kommen, dass wir feststellen, dass wir doch mehr Zeit brauchen und das dann möglicherweise als Zwischenergebnisse diskutieren – das kann man gut und gerne bis nächstes Jahr leisten – und dass dann eine Fortsetzung des Prozesses, wie auch immer, aus der Debatte herauskommt.

Wichtig ist das aber natürlich in einem absehbaren Zeitraum. Man muss sich Zeit für eine vertiefte Diskussion nehmen. Wir sind noch in der Pandemiesituation. Das erschwert, wie Sie alle wissen, natürlich die Debatte in einigen Feldern, wo es bestimmte Formate gibt, die sich ausschließen. Aber es wird einen Zeitraum zum Jahresende hin geben, wo das sicherlich – hoffentlich – wieder besser wird. Aber wir brauchen einen Endpunkt, an dem wir Ergebnisse vorlegen. Es soll ein konkretes Feedback für die Bürgerinnen und Bürger und für die Beteiligten an der Diskussion geben. Wir müssen sehen, wann das ist.

Was zum Umfang, zur Reichweite der Diskussion gesagt worden ist, teile ich auch. Wir haben in unseren Formaten – sei es in der Europaministerkonferenz oder im Ausschuss der Regionen – immer wieder die Frage gestellt: Wie weit sollen diese Vorschläge gehen? Ich denke, dass man Bürgerinnen und Bürger ohnehin nicht aufhalten kann, Vorschläge dazu zu machen, was sie von der Zukunft der Europäischen Union erwarten. Insofern wird sich der Grenzwert, der bei einigen Akteuren im Europäischen Rat gesetzt worden ist, dass man keine Vertragsänderungen diskutieren will, dort relativieren. Die Diskussion wird zeigen, was sie für Ergebnisse hat. Ich bin gespannt, wie sich das darstellt.

Ich denke, es ist wichtig, dass man die Erwartungshaltung immer mit in den Blick nimmt, dass die Diskussionen sich auch auf Schritte beziehen, wo man sagt: Was kann man schon im jetzigen Rahmen machen? Wo kann man etwas ändern, was noch keine Vertragsveränderung beinhaltet? – Dann hat man den Aspekt, der Vertragsveränderungen nötig machen würde, aber ich denke, die Breite der Debatte wird solche Ergebnisse zeigen.

Wir als Berlin haben selbst Möglichkeiten, über den Ausschuss der Regionen, über unsere Vertretung mit zwei Vertreterinnen bzw. Vertretern, auch Einfluss zu nehmen. Wir haben die Möglichkeit, wie ich schon erwähnte, über die Europaministerkonferenz oder den Bundesrat. Wir sind auch im Gespräch über die Bund-Länder-Arbeitsgruppen mit dem Bund und den anderen Partnerländern, um uns auszutauschen.

Damit bin ich bei der dritten Anmerkung: Das ist das, was wir als eigene Initiativen entwickelt haben. Wir haben nicht nur gewartet, bis der Rahmen festgesetzt ist – es gibt morgen noch mal im Exekutivausschuss weitere genauere Festlegungen –, sondern die Zeit dafür genutzt, auch eigene Überlegungen anzustellen. Es ist auch von Herrn Dr. Johann schon die Berliner Initiative hervorgehoben worden, die aus der Zivilgesellschaft heraus auch ein Netzwerk entwickelt, um diese Prozesse zu begleiten, eigene Impulse zu setzen und Input in die Diskussion zu geben. Das haben wir sehr gerne unterstützt und begleitet.

Wir haben unsererseits auch einen Rahmen für die Diskussion im Land Berlin gesetzt, indem wir die Homepage unter www.berlin.de/zukunftskonferenz eingerichtet und gestaltet haben. Dort haben wir die Verlinkung zu den entsprechenden Plattformen der Europäischen Union. Ganz besonders wichtig ist die digitale Plattform, die in dieser Woche am Montag geschaltet worden ist, auf der in zehn Inhaltskategorien – Kacheln, die dort aufgesetzt sind – Mechanismen gegeben sind, wie sich ganz unterschiedliche Akteure dort in die Diskussion einbringen können. Wir haben vor, auch die Veranstaltungen in Berlin auf dieser Plattform zu präsentieren und zu verlinken. Ein ganz wesentlicher Link ist zudem, was die Zivilgesellschaft, das Netzwerk, die Berliner Initiative zur Zukunftskonferenz dort einbringt.

Wir haben als Startpunkt vorgesehen, dass wir als symbolischen Akt hier im Hause – weil das Parlament natürlich auch eine große Rolle spielen sollte – eine Unterzeichnung der Konferenz-Charta vornehmen. Das ist das Bekenntnis zu den Grundsätzen, zu dem Rahmen und den Werten der Europäischen Union, auf deren Basis wir das diskutieren. Wir finden es sehr gut, dass das so entwickelt worden ist, weil es dort um die Inklusivität geht, um die Offenheit und Transparenz des Prozesses. Das sind wichtige Faktoren für die Debatte. Das wollen wir gemeinsam mit dem Präsidenten dieses Hauses, dem Europaseuator und einem Vertreter der Zivilgesellschaft, der Berliner Initiative, dort unterzeichnen. So ist das jetzt geplant.

Es gibt auch erste Überlegungen für ein Berliner Bürgerforum. Wir wissen noch nicht ganz genau, wie sich diese Bürgerforen, die von der Europäischen Union gestaltet werden, genau manifestieren. Wir wissen noch nicht genau, was die Rolle der Hubs in dem Prozess ist. Das werden wir aber erfahren. Wir haben jetzt zumindest als eigenen Akzent schon mal überlegt, dass wir das im Berliner Bürgerforum noch mal vorsehen und haben hier im Hause erste Partner gefunden, mit denen wir das voraussichtlich im Herbst gemeinsam stattfinden lassen wollen.

Zuletzt haben wir die Bezirke angesprochen. Wir haben aktuell mit ihnen den Rahmen diskutiert und auch die EU-Beauftragten dafür gewonnen, dass sie auf ihrer Ebene in den Bezirken – also unmittelbar, sie sind am nächsten dran – Formate suchen, wie sie dort in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern kommen. Ich denke, dass sich dort viele Synergien ergeben.

Zu Veranstaltungen, die geplant waren: Wir fokussieren das jetzt auf diese neue Plattform, auf diesen Rahmen der Konferenz. Synergien wird es auch zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren, die in der Berliner Initiative mitmachen und die auch in den Bezirken aktiv sind, geben. Da bin ich ganz guter Dinge. Wir haben einen finanziellen Rahmen gesetzt, um diese Aktivitäten der Bezirke zu unterstützen. Von daher bin ich optimistisch, dass Berlin von unserer Seite – als Seite der Exekutive, des Parlaments –, aber auch vonseiten der Bezirke und der Zivilgesellschaft sehr aktiv in diesem Prozess dabei sein wird. Sie als Vertreter vieler Institutionen, Verbände und Organisationen, die in Berlin ansässig sind, hier Veranstaltungen haben und Netzwerkpartner sind, die Akteure in der Stadt aktiv mitbegleiten, werden dabei sein. Ich freue mich schon sehr auf diese Zusammenarbeit, die sich abzeichnet. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Ich will mal zwischendurch, weil ich hier immer auf die Uhr gucke, den Vorschlag machen, dass wir die anderen Inhaltspunkte vertagen. – Herr Förster! Dazu? Na, dann los!

Stefan Förster (FDP): Dass wir die Verwaltungssache nicht mehr schaffen, ist, glaube ich, klar. Aber ich glaube, den Punkt zur Europäischen Akademie können wir abschließen. Herr Johann ist heute schon wieder hier. Er hat beim letzten Mal auch schon einen exzellenten Eindruck hinterlassen. Ich glaube, den Punkt müssen wir nicht noch mal vertagen. Wenn jemand eine Frage an Herrn Johann hat, kann er die jetzt stellen.

Andreas Otto (GRÜNE): Um es zu präzisieren: Dann würden wir erst mal den Punkt mit der Kompetenz der Verwaltung vertagen, weil Herr Schyrocki, der Direktor der Verwaltungsakademie, jetzt schon die ganze Zeit in der Schaltung ist. Ich denke, dass wir das heute seriös nicht mehr schaffen und dass wir das vielleicht, wenn die nächste Europasisung ist, machen. – Ich danke Ihnen trotzdem ganz herzlich, dass Sie bisher hier dabei waren. Bleiben Sie auch gerne noch dabei! – Aber das schaffen wir dann nicht mehr, weil wir in diesem Tagesordnungspunkt jetzt erst in die Diskussion einsteigen. – Das machen wir so. Okay, dann habe ich jetzt eine Redeliste. Zunächst steht Frau Brychey für die Linksfraktion drauf.

Franziska Brychey (LINKE): Vielen herzlichen Dank an Sie alle. – Ich versuche, mich kurz zuhalten, damit viele drankommen und wir auch noch die Antworten hören können. Herrn Knapp würde ich gerne etwas fragen. Sie sprachen vom Europa der Bürgerinnen und Bürger, auch im Rahmen der Konferenz, der Bezirke. Vielleicht könnten Sie dazu ausführen, ob es schon Kontakt zu den Bezirken gibt.

Allgemein ist es so, dass die Europa-Union vor der Wahl immer Veranstaltungen für junge Menschen anbietet. Ist so etwas auch dieses Mal wieder geplant?

Ansonsten wollte ich aus meiner Sicht sagen, dass klar sein muss, dass die Konferenz natürlich keine Simulation bleiben darf und dass die Ergebnisse verbindlich festgehalten werden müssen. Ich denke, dass wir uns alle gemeinsam dafür einsetzen werden, aber das Europäische Parlament ist natürlich der Hauptansprechpartner.

Dann würde ich zu Dr. Johann übergehen. Was mir sehr gefallen hat, was Sie auch noch mal gesagt haben, ist, dass Akteurinnen und Akteure wie der Landessportbund, also viele, die nicht die üblichen Verdächtigen in der Europablase sind, angesprochen werden. Da würde ich nachfragen, wie wir das verbreitern können, denn die Frage der Akzeptanz von Europa mit dieser Chance, wie Sie es sagten – mit der Konferenz zur Zukunft Europas –, kann in dem Sinne, dass auch Initiativen und Bürgerinnen und Bürger angesprochen werden, die sich sonst nicht mit dem Thema Europa auseinandersetzen und sich einbringen können, an Drive gewinnen, und das wäre super.

Die Berliner Initiative haben Sie vorgestellt. Dazu wollte ich fragen, was der Zeithorizont der nächsten Schritte ist, falls man das schon sagen kann. Sie haben uns hier eine Einladung für Freitag schon hingelegt. Vielleicht können Sie das noch mal ausführen.

Frau Bittner, Ihre Vorstellung fand ich auch ganz toll. Dazu wollte ich nach den Aktivitäten in Berlin fragen. Sie haben vorgestellt, dass jetzt auch viele digitale Formate stattfinden, an denen man auch von Berlin aus teilnehmen kann. Da habe ich die Frage, ob auch Berliner Schulen an den Aktivitäten, die Sie vorgestellt haben, teilnehmen.

Herrn Hoffmeister von der Jungen Europäischen Bewegung würde ich gern fragen, welche Aktivitäten Sie selber gerade durchführen oder planen. Sie haben auch immer die Simulation Europäisches Parlament – SIMEP – durchgeführt. Dazu wollte ich fragen, wie das zu Coronazeiten gerade ist, ob das trotzdem stattfindet.

Mir hat gefallen, dass Sie die Themen Klimaneutralität und Bildungsfreizügigkeit einbringen wollen und erwarten, dass auch die Möglichkeit besteht, die Finalität und die Verträge mitzudiskutieren und möglicherweise als Perspektive auch ein Konvent eingesetzt werden könnte. Das finde ich gut, denn ein Verfassungsvertrag oder eine Verfassung für Europa geht natürlich nur, wenn ein Prozess von unten nach oben möglich ist. Diese Konferenz zur Zukunft Europas ist genau dieses zivilgesellschaftliche Engagement, das Einbringen der Menschen in den Regionen, in den Städten, in Europa. Das könnte man, glaube ich, sehr gut verbinden.

Ich schließe mich kurz – der Senat ist gar nicht da, aber vielleicht können Sie es als Frage aufnehmen – mit der Frage an den Senat an, ob diese Idee des Übergangs zu einem Konvent als Verlängerung des Prozesses möglich wäre und wie die digitale Plattform bekannt gemacht wird. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Dann haben wir jetzt Herrn Förster für die FDP-Fraktion! – Bitte schön!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich versuche, es wieder kurzzumachen. Danke für die interessanten Anregungen und Ideen, wie man die Konferenz zur Zukunft Europas gestalten kann. Wir sind heute Gott sei Dank in der Situation, dass wir zuhören können. Wir müssen sie nicht selber gestalten und wollen sie auch gar nicht selber gestalten. Das obliegt letzten Endes denjenigen, die sich gerade dazu geäußert haben und die sich einbringen werden, das zu gestalten, denn nichts wäre schlimmer, als wenn die Zukunft Europas wieder nur in Parlamenten gestaltet wird und am Ende bei der Bevölkerung nicht das hängenbleibt, was gemacht wird.

Das wäre auch die einzige Frage – neben dem Dank an die Akteure, die sich hoffentlich weiterhin in gewohnter Art und Weise einbringen –: Wie will man denn gerade auch die Bevölkerungsschichten abseits eines – sagen wir mal – akademischen Milieus erreichen, das sich sowieso für Europa interessiert? Ich glaube, diese Bevölkerungsgruppen kriegt man leicht, aber wenn es um die Zukunft Europas geht – machen wir uns keine Illusionen –, wenn wir eine Friseurin, einen Bauarbeiter, eine Krankenschwester und einen Feuerwehrmann fragen, fühlen die sich, glaube ich, nicht in die Diskussion einbezogen. Sie haben vielleicht auch selbst gar nicht unbedingt das Wissen, worum es da geht, oder glauben, es nicht zu haben.

Wenn wir eine Europaakzeptanz in breiten Bevölkerungsschichten haben wollen, hilft es uns nicht, nur die Leute mit Studienabschluss und diejenigen, die ohnehin von Europa begeistert sind, zu kriegen. Sondern wir müssen auch die Leute mitnehmen, die vielleicht auch am Stammtisch Ressentiments hegen oder vielleicht gar nicht wissen, was ihnen Europa bringt, oder denken, es kostet nur. Deswegen ist derjenige mit einem Hauptschulabschluss genauso einzubeziehen, wie derjenige, der Abitur gemacht hat, sonst können wir die Leute nicht mitnehmen. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Jetzt haben wir Herrn Dr. Bronson für die AfD-Fraktion. – Bitte schön!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch für die interessanten Vorträge, die wir hier gehört haben. Ich habe zwei Fragen an Herrn Prof. Engels. Zum einen freut es mich, dass Sie als belgischer Althistoriker, der in Polen forscht, einen sehr guten Spagat darstellen und uns sicherlich weiterhelfen werden, was zwei grundlegende Dinge angeht, um das mal zu klären. Es werden immer die EU und Europa zusammengeworfen, also die Zukunft Europas, die Zukunft der EU. Das sind so wechselseitige Begriffe. Nun leidet die EU unter einer gewissen Zentrifugalkraft. Der Brexit ist ein Beispiel dafür und die Position der Visegrád-Staaten ebenfalls. Meine Frage an Sie: Wie notwendig ist die Unterscheidung zwischen Europa und der EU im Kontext politischer Willensbildung?

Eine zweite Frage: Die Konferenz heißt nun „Konferenz zur Zukunft Europas“. Normalerweise hat, wer Konferenzen dieser Art anberaumt, natürlich auch eine gewisse Sorge um die EU; ansonsten wäre die Konferenz gegenstandslos. Sie haben von der Wichtigkeit des Schutzes nach außen und der Ausgewogenheit nach innen gesprochen. Meine Frage diesbezüglich ist: Was ist Ihrer Meinung nach die gewichtigste Sorge, der sich die EU der 27 Staaten und nicht das Europa der 47 annehmen sollte? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Dann haben wir Frau Dr. Kahlefeld für Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte schön!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die wesentlichen Fragen, die ich stellen wollte, sind schon gestellt worden, nämlich nach dem Zeitrahmen und danach, wie Sie auf Bürgerinnen und Bürger und NGOs zugehen, die bisher mit den Europafragen nicht explizit befasst waren, die aber etwas beizutragen haben bzw. deren Arbeit einen Europabezug hat, ohne dass sie das bisher explizit gemacht haben und ohne dass sie das von sich aus in die Konferenz eingebracht hätten. Diese Frage möchte ich an Sie beide stellen. Alles andere ist tatsächlich schon gesagt worden.

Moment! Eine Frage habe ich doch noch: Wie sind die Veranstaltungen und Kontakte, die Sie herstellen, generieren und organisieren mit der Senatswebsite genau verbunden? Haben Sie das Recht, die Dinge dort einzustellen? Es ist eine rein praktische Frage, denn Ihre Arbeit trägt dazu bei, dass auf diese Seite etwas gestellt werden kann, nehme ich mal an. Das wird vor allem Ihre Arbeit sein. Mich würde der Kontext organisatorisch und abstimmungsmäßig interessieren.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Frau Dr. Kahlefeld! – Jetzt haben wir Herrn Jupe für die CDU-Fraktion. – Bitte schön!

Claudio Jupe (CDU): Ich möchte hier keine Tour d’Horizon über alle Anzuhörenden vornehmen. Mir haben alle gut gefallen. Ich würde aber, wie wir das ansonsten auch handhaben, einer Auswertung nicht vorgreifen wollen. Deswegen werde ich hier nur eine einzige Sache ansprechen. Die Europäische Akademie hat die Berliner Initiative, so wie ich mitgeschrieben habe, zur Konferenz der Zukunft Europas gegründet und lässt sie arbeiten. Ich persönlich hätte gerne einen Plan, welche Initiativen jetzt stattfinden, oder einen Hinweis, wo man das finden kann. Vielleicht können Sie uns da weiterhelfen. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Dann haben wir jetzt Herrn Zimmermann für die SPD-Fraktion. – Bitte schön!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – In aller Kürze habe ich zwei kurze Fragen an die Anzuhörenden, die dazu etwas sagen können. Einmal zum Verhältnis Staat-Wirtschaft, einem Dauerthema, ich gebe es zu, von unserer Seite: In welcher Weise gibt es eine Chance, im Verhältnis von Wettbewerbsrecht, Binnenmarktregulierung, Beihilfenrecht einerseits und den Interessen von Regionen, Ländern und Städten vor allen Dingen andererseits, bestimmte Bereiche der Daseinsvorsorge aus dem strengen Beihilferegime herauszunehmen? Ich weiß – das ist ein schwieriges Thema. Sehen Sie eine Möglichkeit, diese zentrale Frage des Verhältnisses zwischen Staat – Schrägstrich – EU einerseits und der Wirtschaft andererseits in einer solchen Konferenz zu thematisieren? Aus meiner Sicht entscheidet sich daran schließlich, wie weit wir sozialstaatliche Lösungen in den Mitgliedsländern durchsetzen können oder nicht.

Ein zweites Thema ist das Klima. Wie weit reicht der jüngst – heute – bekanntgewordene Beschluss oder die Einigung, die Klimaziele der EU zu verschärfen? Es ist heute gemeldet worden, dass das Parlament und andere sich auf die Verschärfung der Ziele geeinigt haben. Reicht das aus, um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen? Können diese Fragen auf dieser Konferenz thematisiert werden? Weiß ich nicht, aber das sind, glaube ich, zwei Themenkomplexe, die für die Zukunft zentral sind, auch für die Akzeptanz – neben den Fragen, die Herr Förster aufgeworfen hat, wie man die breiten Bevölkerungsschichten daran wirklich beteiligen kann. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Dann ist meine Redeliste erschöpft, und wir würden zur Antwortrunde kommen. Ich würde vorschlagen: Wir machen einfach dieselbe Reihenfolge wie vorhin und lassen Herrn Knapp beginnen, die Fragen, die an Sie gerichtet waren oder die Sie für wichtig halten, zu beantworten, zu besprechen. – Bitte schön!

Manuel Knapp (Europa-Union Berlin e. V.; Mitglied des Landesvorstandes): Vielen Dank! – Frau Brychcy! Sie haben nach dem Kontakt zu den Bezirken und der Zusammenarbeit dort gefragt. Wir haben eine sehr gute, etablierte Zusammenarbeit mit den bezirklichen Europabeauftragten, die sich auch in der Landesarbeitsgemeinschaft der Europabeauftragten zusammenschließen. Wir haben in den letzten Jahren mindestens zwei Veranstaltungen pro Jahr organisiert.

Wir haben am 10. Mai eine Veranstaltung mit dem Europabeauftragten zur Europäischen Säule sozialer Rechte, und dort haben wir auch Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaft und der Politik – Ihr Kollege, Herr Förster, nimmt aus Ihrer Runde daran teil. Da ist sicherlich eine Frage: Wie bringen wir Staat, Wirtschaft und Daseinsvorsorge zusammen? – Auch da wird Europa wieder konkret. Wenn wir einen Arbeitnehmer aus einem östlichen europäischen Staat haben, der hier auf der Baustelle arbeitet oder Lkw fährt – wie möchten wir das in Europa regeln? Das soll einen Denkanstoß für die Teilnehmenden bieten.

Sie haben noch nach den Events vor den Wahlen und dort im Hinblick auf die Jugendlichen gefragt. Wir haben natürlich eine gute Kooperation mit unserem Jugendverband, den Jungen Europäischen Föderalisten Berlin-Brandenburg – Kalojan ist auch noch in der Schalte. Unsere Events sind natürlich zielgruppengerecht, überwiegend für Menschen über 35 – dann ist man auch Mitglied bei uns –, aber wir möchten natürlich auch das breite Spektrum vom ersten Interesse für Europa bis ins hohe Alter abdecken.

Wir haben, wie ich vorhin schon gesagt habe, einen Projektantrag zur Zukunftskonferenz mit der EAB am Laufen, um auch Influencerinnen und Influencer anzusprechen und dort die Schiene zu fahren.

Ich möchte aber auch an unsere lang etablierten Projekte erinnern. Wir tragen den Europäischen Wettbewerb an Schulen mit. Dort können sich Schülerinnen und Schüler Gedanken über die Zukunft Europas machen und das kreativ umsetzen, und dann haben wir noch die Arbeitsgemeinschaft der Staatlichen Europa-Schulen Berlin, die sich auch um die staatlichen Europaschulen kümmern. Auch das ist eine Arbeitsgemeinschaft von uns, in die wir immer Europa, Bildung und auch Schule und Jugendliche mit einbeziehen.

Dann hatte ich die Frage von Herrn Förster aufgeschrieben: Wie erreichen wir Menschen mit nicht akademischem Abschluss? – Ich habe einen akademischen Abschluss, aber ich stehe trotzdem auch in der Fußgängerzone, in den Straßen Berlins und versuche, Europa zu vermitteln. Diesem Argument, dass wir immer unter uns sind, möchte ich entgegentreten. Wir haben gesehen, dass teilweise eine Europaskepsis aus mangelndem Interesse und aus Desinteresse – so wie es vielleicht auch mit der Bundespolitik passiert –, aber natürlich auch wegen Unwissen, vorherrscht. Wir haben dazu umfangreiche Broschüren entwickelt und halten die auf dem aktuellsten Stand, um mit den Leuten ins Gespräch zu kommen und Ihnen etwas mit nach Hause zu geben, mit dem sie sich in Ruhe und in möglichst verständlicher Sprache – also nicht akademisch – auseinandersetzen können.

Die Stände und die Fußgängerzonen sind in den letzten Monaten leider ausgefallen. Das bedauern wir sehr. Wir gehen aber, sobald es möglich ist, wieder dorthin zurück und haben auch Kooperationspartner – wie zum Beispiel die Deutsche Gesellschaft – und eigene Stände und Kiezspaziergänge, die wir anbieten, um Europa im Kiez stärker zu akzentuieren.

Die Frage – das schließt sich vielleicht auch an die Frage von Frau Dr. Kahlefeld an –: Wie machen wir darauf aufmerksam? – Unsere Events stehen auch in diesem Kalender des Senats. Wir nutzen natürlich auch die Social-Media-Kanäle, die uns zur Verfügung stehen, und es gab aus unseren Reihen auch noch eine Initiative eines Mitglieds, der einen Europakompass in Eigenregie aufgesetzt hat, der genau das bündelt – nicht nur aus Berlin, sondern auch aus Brandenburg und aus ganz Deutschland –, um die ganze Bandbreite auf einer Seite darzustellen. Dafür möchte ich mal werben. Das ist wirklich ein tolles Tool, sodass sich Menschen, die in Deutschland mobil sind und vielleicht gerade woanders sind, dort darüber informieren können, was in ihrer Region gerade stattfindet. Also: Die Kooperation mit der bezirklichen Ebene, mit der Senatsebene läuft gut. Wir freuen uns auch schon wieder darauf, mit den Menschen in Kontakt zu treten.

Ein abschließendes Wort zu Herrn Zimmermann: Die Frage bezüglich Staat und Wirtschaft und der Daseinsvorsorge, die Sie aufgeworfen haben, ist natürlich das Fundament des sozialen Europas. Die Kommission hat beim Thema Beihilfe und bei der Großzügigkeit, der Gewährung von Hilfsgeldern in den letzten Monaten relativ zügig gehandelt und sich großzügig gezeigt, um die Coronahilfspakete auf den Weg zu bringen, aber das sind Themen, die wir auch aufgreifen werden. Das ist dann schon eher was für Feinschmecker in der Tiefe, aber wenn Sie Interesse haben, können wir da natürlich gerne noch tiefer gehen und vielleicht sogar eine eigene Veranstaltung auf die Beine stellen. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Herr Knapp! – Wir machen mit Herrn Dr. Johann weiter. – Bitte schön!

Dr. Christian Johann (Europäische Akademie Berlin; Direktor): Vielen Dank für die Fragen! Ich versuche die doch recht vielen Fragen knapp zu beantworten. Frau Brychcy! Sie haben eine zentrale Frage gestellt, die sich später auch wiederholt hat: Wie schaffen wir es eigentlich, das Netzwerk jenseits der üblichen Verdächtigen zu erweitern? – Wir wollen es so pragmatisch es nur geht tun, und wenn wir auf den Kalender schauen, ist das große Thema, wo alle Menschen in Berlin über Europa sprechen, recht dicht vor uns: Am 11. Juni beginnt die Fußball-Europameisterschaft der Herren, und das ist eine Situation, die wir kapern müssen, wo wir versuchen müssen, Menschen über Europa auszuhorchen, die sonst nicht per se die Europaflagge in ihrem Twitteraccount haben. Die wollen wir genau da erreichen. Indem wir dieses Dreieck, von dem ich vorhin im Zusammenhang mit der Initiative gesprochen habe – Berlin, Europa, Zukunft –, bilden, haben wir die Chance, alle anderen Themen, die sich anschließen, hineinzuworfen. Wir können mit Blick auf europäische Förderhilfe oder europäische Vernetzung über die Zukunft der Filmindustrie in Berlin sprechen. Wir reden – das habe ich vorhin kurz erwähnt – auch über die Wirtschaft, Wirtschaftsthemen, Gastronomie mit DEHOGA-Vertretern und fragen: Wie beeinflussen europäische Richtlinien in Zukunft die Arbeit vor Ort? Die Presse war schon da. Die Gretchenfrage ist immer: Wie kann man das

bekannter machen? Wie kann man mehr Europa auch in die Presse bringen? Das haben wir beim letzten Mal besprochen.

Wir werden uns an Clean-ups beteiligen, werden Stadtparks mit sauber machen, mit wirBERLIN – die habe ich vorhin schon erwähnt –, und versuchen in all diesen Punkten möglichst integrativ und auch ein bisschen out of the box zu denken.

Ganz konkret – die Frage hatten Sie auch gestellt –: Wie geht es weiter? – Wir haben am Freitag das Thema Bundestagswahlen – so ein bisschen als Highlight – bei unserem Treffen. Die Berliner Initiative besteht im Grunde genommen vor allem aus Treffen, die wir monatlich durchgeführt haben. Die werden wir in Zukunft wahrscheinlich eher auf 6 bis 8 Wochen dehnen, und am Freitag ist Franziska Brantner, Grünen-Spitzenkandidatin aus Baden-Württemberg für den Bundestag, bei uns, und die werden wir genau danach fragen: Wie kann man Europa im Bundestagswahlkampf hier in Berlin sichtbarer machen?

Am 10. Mai – der nächste ganz konkrete Schritt – dürfen wir die Charta hier im Abgeordnetenhaus mit unterschreiben – übrigens gemeinsam mit Gabriele Bischoff, die ich vorhin vergessen habe zu erwähnen, die das Ganze als Europaparlamentarierin mit initiiert hat.

Herr Förster! Zu dieser Frage in einer ähnlichen Dimension, wie Herr Knapp sie auch beantwortet hat: Wie können wir neue Menschen erreichen? – Auf die Straße gehen – das ist die Projektidee, die Herr Knapp erwähnt hat –, mit Influencern, kurzen Videos, sogenannten Snippets Menschen ansprechen und das dann auch breit in sozialen Medien teilen, mit Memes, mit lustigen Dingen, mit Dingen, die vielleicht erst auf den zweiten Blick Europa ganz deutlich machen. Ich bin sonst eher dagegen, Europa subtil zu verkaufen, aber vielleicht kriegt man über den Weg dann doch auch noch mehr Publikum.

Dann – das haben Sie am Ende erwähnt, und Herr Knapp ist auch schon darauf eingegangen –: Ja, man muss versuchen, die Nichtakademiker zu erreichen, und trotzdem ist das Ziel: Wenn man sich über Europa qualifiziert unterhalten und auch darüber streiten möchte, muss man Europa erst mal verstehen. Daran führt kein Weg vorbei, aber es gibt viele Wege, die dahin führen.

Ich habe vorhin kurz diese Geschichte mit Recep Tayyip Erdoğan und Ursula von der Leyen angesprochen. Vielen Menschen ist dort das erste Mal bewusst geworden, was der Unterschied zwischen der Kommission und dem Europäischen Rat ist, und wenn man solche Anlässe nutzbar machen kann und als Quellen für Bildungsfragen ansetzt, ist das genau der Auftrag, den wir mit der Initiative verbinden.

Frau Kahlefeld! – Im Schweinsgalopp! – Wie kann man neue Gruppen einbinden? – Ich habe noch eine dritte Antwort auf die Frage, und die besteht darin, dass wir zu allen spezifischen Themen Promis einladen möchten – also einen Vertreter von einem der großen Fußballklubs zum Beispiel hier in Berlin, der eine ist ja eher in Richtung Europa unterwegs, der andere nicht –, um da Aufmerksamkeit zu schaffen.

Ihre zweite Frage war: Wie sind die beiden Websites miteinander verbunden? – Unsere heißt zukunftskonferenz.berlin. Wir benutzen also die Domain „.berlin“ und verlinken natürlichen

in allem, was wir machen, auf die Seite der Senatsverwaltung, die berlin.de/zukunftskonferenz heißt, und anders herum funktioniert das genauso.

Da ist die wichtige Aufgabe der nächsten Tage und Wochen, das Ganze klarzurütteln, denn was wir nicht machen wollen – wozu wir auch als kleiner gemeinnütziger Verein, das wissen Sie alle, gar keine Kapazitäten haben –, ist, etwas zu spiegeln, das die Europäische Kommission macht oder das die Senatsverwaltung macht. Das heißt, wir werden unsere Nische finden, und unsere Nische besteht darin, dass wir die Berliner Brille auf alles setzen, was in dieser Conference on the Future of Europe gefragt wird. Das bedeutet auch, dass wir uns in den nächsten Wochen klar von dem, was ohnehin auf den Seiten der Senatsverwaltung zu finden ist, und dem, was bei der Kommission auf dieser Plattform passiert, abgrenzen.

Herr Jupe! Sie hatten mich direkt angesprochen, deswegen will ich das auch genauso konkret beantworten. Ziel der Initiative ist es, Europa ins Rampenlicht zu rücken und über Europa ins Gespräch zu kommen. Eines der konkreten Ziele, das ich Ihnen beim letzten Mal auch als eine Säule der Europäischen Akademie Berlin vorgestellt habe, ist, europapolitische Bildung in die Stadt zu tragen, und herauszufinden, wo Kristallisationspunkte Europas in dieser Stadt sind und was Menschen in dieser Stadt mit Europa verbinden. Das ist das Ziel dieser Berliner Initiative und auch – das ist noch kein konkretes Ziel, aber es ist eine Vision, die wir durchaus haben –, dass wir am Ende des Prozesses, ob es im Frühjahr 2022 oder später ist, eine Art Dossier und eine Antwort haben, vielleicht zehn Seiten grafisch schön aufgearbeitet: Liebe Leute! Das denkt Berlin über die Zukunft Europas. – Wenn wir das dann verbreiten können, haben wir diese Chance, die sich jetzt bietet, gut genutzt.

Herr Zimmermann! Ganz kurz – wie machen wir das? Wie gehen wir auf die Zukunft ein? – Diese Wirtschaftsfrage kann ich zum Glück umgehen. Die hat Herr Knapp angesprochen. Ich wiederhole noch mal, was ich bei Herrn Förster gesagt habe: Bildung und Diskussion, erst mal den Leuten erklären, wie Europa funktioniert, und dann im nächsten Schritt qualifiziert darüber streiten. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Dr. Johann! – Jetzt machen wir mit Frau Bittner wieder über unsere Videoplattform weiter. – Sie haben das Wort.

Sarah Bittner (Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa; Kommunikationsmanagerin European Youth Parliament) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank! – Da würde ich gerne auf die Frage von Frau Brychcy eingehen, und zwar: Wie beziehen wir Berliner Schülerinnen und Schüler und auch Studentinnen und Studenten mit ein? – Natürlich sind alle eingeladen, an der Jugendumfrage zur Zukunft Europas teilzunehmen, und die Antworten werden dann in die Inhalte des European Youth Parliaments mit einfließen. Das heißt, das ist ein zentraler Punkt.

Außerdem sind natürlich alle Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten in Berlin sehr herzlich eingeladen, bei EYP Deutschland mitzumachen, und haben dann auch die Möglichkeit, an allen Events, die ich eben erwähnt habe, wie den internationalen Sitzungen und anderen digitalen Veranstaltungen teilzunehmen.

Außerdem planen wir andere Veranstaltungen, die offen für die allgemeine junge Öffentlichkeit sind. Beispielsweise planen wir Onlinekonsultationen mit Vertretern der EU-

Institutionen. Diese werden auch digital stattfinden. Das ist allerdings noch in Planung, und ich kann dazu noch nichts Konkretes sagen.

Die Understanding-Europe-Workshops sind auch noch in Planung, allerdings sind natürlich in Deutschland Workshops geplant und eventuell auch in Berlin. Außerdem wird eine Assembly of Solidarity in Berlin stattfinden und sie ist geplant, allerdings im Rahmen der Initiative Citizens Take Over Europe. Da, wie es schon öfter erwähnt wurde, die Aktivitäten noch sehr in Planung sind, können wir vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt noch mehr zu Events speziell in Berlin sagen. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Das war kurz. – Herzlichen Dank! – Wir machen weiter mit Herrn Prof. Engels. – Sie haben das Wort.

Prof. Dr. David Engels (Instytut Zachodni; Historiker) [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Fragen, vor allen Dingen Herr Bronson! Zwei Fragen – die eine: Was ist der Unterschied, ist die EU Europa? – Die andere: Was ist das Wichtigste, das wir in den nächsten Jahren in dieser EU-Reform voranbringen müssen?

Was die erste betrifft, würde ich auf den sehr interessanten Text von Milan Kundera verweisen. Sie kennen ihn vielleicht. Es geht um das gekidnappte Europa. Es ist eine Klage darüber, dass die ost-/mitteleuropäischen Staaten durch ihre Einbindung in den Ostblock dem echten, eigentlichen Europa entzogen worden und über viele Jahrzehnte hinweg außerhalb lebten. Etwas Ähnliches, finde ich, stellen wir heute auch durch die allmähliche Wandlung der Europäischen Union fest, die sich zunehmend von dem eigentlichen, ursprünglichen Anliegen – das heißt, das, was uns spezifisch europäisch macht – entfernt hat und zunehmend nur noch eine Art Weltstaat auf zufälligerweise europäischen Boden umsetzt.

Natürlich ist es in soweit richtig, dass die Europäische Union faktisch und institutionell tatsächlich einen Großteil dessen, was an europäischen Staaten relevant ist, vereint, sodass man diese Gleichsetzung – EU ist gleich Europa – vom rein Machtpolitischen her natürlich schlecht ablehnen kann.

Ideologisch aber ist es natürlich ganz anders. Da sieht man sehr schön diese meines Erachtens fatale Weiterentwicklung weg von dem Verfassungsentwurf von Valéry Giscard d'Estaing, in dem ursprünglich noch versucht wurde, die europäische Identität historisch zu definieren, also als eine Ansammlung verschiedener Staaten, die von der griechisch-römischen Antike über das christliche und mittelalterliche Erbe bis zur Aufklärung gehen und dementsprechend auch definieren, was uns als Europäer, auch in unserer historischen Erfahrung, von – von mir aus – den Chinesen, den Indern, den Muslimen, den subsaharischen Afrikanern oder wem auch immer unterscheidet. Da war es natürlich bezeichnend, dass man in der Umsetzung dieses Verfassungsentwurfs und seiner Überführung in den Vertrag von Lissabon eigentlich sämtliche historische Elemente ausgeblendet hat und als rein europäischen Werte die bekannten Schlagworte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit usw. vorgebracht hat – Werte, wo ich der Letzte wäre, diese irgendwie negativ zu beurteilen, bei denen aber doch klar gesagt werden muss, dass diese Werte allgemein menschliche Werte sind und dementsprechend wenige Kriterien dafür liefern, was uns als Europäer einzigartig macht. Ich meine auch, der normale Japaner oder Südkoreaner würde sich eigentlich zu 100 Prozent mit

den Werten des Lissabonner Vertrags identifizieren, sodass dann die Frage entsteht: Was macht uns typisch europäisch?

Oder wir müssen auf die meines Erachtens völlig falsche eurozentristische Argumentation zurückgreifen, sodass wir sagen: Die allgemeinen Menschenrechte sind eigentlich die genuin europäischen Werte, weil sie sich angeblich nur in Europa entwickelt hätten. Das ist natürlich europäische Nabelschau, das ist natürlich flagranter Eurozentrismus, von dem wir uns ja gerade wegentwickeln wollen. Schon in den Vertragstexten, die meines Erachtens für die gegenwärtige Krise Europas entscheidend sind, ist eine Art Aporie in der Selbstdefinition Europas angelegt.

Da kommen wir auch direkt zu der zweiten Frage: Was ist die dringlichste Aufgabe Europas, der Europäischen Union oder aller Bemühungen, diese verschiedenen abendländischen Staaten in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen? – Da würde ich sagen: Es ist vorläufig die Identität. Wenn wir Europa ausschließlich als einen Vertreter der UNO oder als Weltstaat auf zufälligerweise europäischem, kontinentalem Boden betrachten wollen, dann handeln wir uns eine enorme Reihe von Solidaritätsproblemen ein, die sich an der Eurokrise zum ersten Mal ganz offen gezeigt haben, zum Beispiel mit der sehr demagogischen, aber nicht unverständlichen Frage: Wieso soll zum Beispiel ein deutscher Staatsbürger Steuern für die Rettung Griechenlands bezahlen? Wenn man argumentiert: Weil wir alle Menschen sind und dieselben Werte teilen –, ist natürlich auch die Frage: Okay, wieso weiten wir denn diese Solidaritätsgemeinschaft nicht auch auf andere Staaten wie Japan oder Südkorea aus, was natürlich absurd wäre?

Die einzige Möglichkeit ist, zu zeigen, wieso diese Solidarität empfunden werden müsste: dass wir unterstreichen, dass wir – die Belgier, die Deutschen, die Griechen, die Spanier, wer auch immer –, eine reiche historische Vergangenheit teilen, dass wir eine bestimmte Identität teilen, die nicht nur rein allgemein menschlich ist, die aber auch nicht nur national ist, sondern eine Ebene darüber, dass es eine typisch europäische, abendländische Identität gibt, auf die wir stolz sein können – nicht, weil sie besser oder schlechter ist als andere, sondern weil sie unser eigenes Erbe ist –, und dass wir diese typisch abendländische Zivilisation schützen, verteidigen und für ihre Interessen eintreten dürfen.

Das ist etwas, das meines Erachtens viel zu sehr von den europäischen Institutionen vergessen wird, das meines Erachtens auch der Hauptgrund dafür ist, dass der eben erwähnte normale, nicht akademische Mensch sich gar nicht so richtig mit dieser Europäischen Union identifizieren kann, und diese identitäre Zwischenebene muss erneut eingezogen werden, wenn wir nicht wollen, dass dieses europäische Projekt scheitert und sich letztlich wieder zum Nationalstaat zurückentwickelt.

Das beantwortet natürlich auch die Frage, was den Bezug zur Wirtschaft betrifft: Wir können auch nur dann einen tatsächlichen, solidarischen Wirtschafts- – und, wer weiß, vielleicht auch monetären und fiskalischen, was auch immer – Rahmen etablieren, wenn wir eine gesamteuropäische Solidarität schaffen. Diese Solidarität, wie gesagt, kann nicht alleine auf den Menschenrechten beruhen. Sie muss auf der Erkenntnis dessen beruhen, dass wir Europäer eben mehr teilen als nur unsere Menschlichkeit. Da fehlt bei der europäischen Konstruktion gegenwärtig ganz wesentlich ein Punkt. Den muss man einziehen. Eigentlich

müsste jetzt auch die Tagung oder die Konferenz zur Reform der Europäischen Union an diesem Punkt einsetzen, weil davon natürlich alles abhängt.

Das klingt jetzt vielleicht sehr abstrakt, von wegen: Da geht es um die Identität, Geschichte usw., das lassen wir später als eine Art Überbau draufsetzen –, aber meines Erachtens ist dies der tatsächliche Unterbau dieser ganzen europäischen Konstruktion. Wir können gar keine gemeinsame Außenpolitik, keinen Kampf um Rohstoffe, keine zielführende Migrationspolitik, keine echte Forschungspolitik umsetzen, ohne dass wir wissen, für was wir eintreten, wenn wir nicht wissen: Geht es uns um den Menschen allgemein, wie er zufälligerweise auf dem europäischen Kontinent lebt – und dann würde eigentlich Zypern als asiatischer Staat gar nicht mehr dazugehören –, oder geht es uns um was anderes? Geht es uns um eine typisch abendländische Identität, die wir hier verteidigen, nicht in aggressiver Weise, nicht indem wir sie als überlegen oder unterlegen betrachten, sondern einfach nur als wichtigen Akteur der Menschheitsgeschichte, der neben unglaublich vielen tollen Sachen auch Verbrechen hervorgebracht hat, wie alle menschlichen Zivilisationen, und zu dem wir ein positives, wenn auch durchaus kritisches Verhältnis etablieren müssen?

Da ist natürlich der gegenwärtige Zeitgeist mit seiner Cancel-Culture, dieser postumen Rechthaberei gegenüber Autoren, die schon seit tausenden Jahren tot sind, die man dann versucht, irgendwie des Rassismus oder was auch immer zu überführen, nicht sehr zielführend. Ich denke, es geht eher darum, sich in eine Kontinuität mit der Vergangenheit zu begeben, um gemeinsam, europäisch, solidarisch empfinden zu können und auf dieser Basis eine tatkräftige EU zu bauen. Dann sind die Institutionen meines Erachtens ohnehin rein zweitrangig. Es geht um den Geist, der diese Institutionen beleben muss. – Das wäre meine Antwort auf die verschiedenen gestellten Fragekomplexe.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Weiter geht es mit Herrn Hoffmeister.

Kalojan Hoffmeister (Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e. V.; Vorstandsmitglied) [zugeschaltet]: Mit Blick auf die Zeit werde ich mich auf drei Gedankengänge konzentrieren – zum einen auf die Aktivitäten: Wir als Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg haben sehr viele Aktivitäten. Wir haben bei der Verfassungskampagne maßgeblich mitgewirkt, wir haben die schon angesprochene Simulation des Europäischen Parlaments, die wir jährlich durchführen – pandemisch natürlich jetzt in digitalen Formaten –, wir haben Austausch mit anderen Sektionen innerhalb der europäischen Gemeinschaft, mit unseren polnischen Freunden der JEF und den französischen Freunden der JEF, aber auch der Europaverband ist da sehr stark vernetzt. Insofern haben wir sehr viele Möglichkeiten mitzuwirken und versuchen, alle Interessentinnen und Interessenten mit ins Boot zu kriegen.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zu der Konferenz sagen! Anders als unsere Simulation des Europäischen Parlaments wollen wir natürlich nicht, dass die Konferenz eine Simulation ohne Rückgrat ist. In der Tat, wie auch angesprochen, muss das von unten kommen, und da sehen wir uns als Junge Europäische Föderalistinnen und Föderalisten bestätigt, weil wir seit Jahrzehnten schon dieses „von unten nach oben“ praktizieren, Leute mit ins Boot holen und europäische Themen konkretisieren und diskutieren.

Ich möchte auch auf die letztlich erst erschienene Allensbach-Umfrage hinweisen, in der bestätigt wurde, dass das Vertrauen in die Institutionen durch die Coronapandemie

geschwächt wurde. Dieses Vertrauen muss zurückgewonnen werden, indem diese Konferenz tatsächlich nicht nur von oben nach unten dirigiert wird, sondern indem wir alle als Zivilgesellschaft aktiv durch die Aktivitäten, die ich gerade schon genannt habe, mitwirken.

Zweitens, auch an Herrn Förster: Was die Nichtakademiker angeht, würde ich mich sehr gerne vollumfänglich Herrn Knapp und Herrn Johann anschließen. Wir als JEB haben zusätzlich die Möglichkeit, Fahrradtouren zu organisieren. Beispielsweise organisieren wir im Mai auch mithilfe von Förderung des Senats Fahrradtouren, wo alle Menschen, die ein bisschen mehr über Europa wissen wollen, mit uns auf ihr Fahrrad steigen und wir dann durch Berlin, zu interessanten Stätten und Orten, die einen Europabezug haben, düsen. Ich finde, das ist ein sehr inklusives Format, ein sehr offenes Format, das nicht nur eine Broschüre ist, sondern ganz körperlich vor Ort die wichtigen Orte zeigt, die auch für die europäische Integration in Berlin, inmitten Europas von Bedeutung sind.

Und schließlich zum technischen Thema von Herrn Zimmermann: Sie haben dieses Spannungsverhältnis zwischen den Verträgen und den Daseinsvorsorgen, Aufträgen, auch der Verträge genannt. Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, insbesondere zunächst einmal auf Next Generation EU und SURE. Die Rechtsgrundlage ist weiterhin sehr umstritten. Die Kommission und auch der juristische Dienst legen Artikel 311 AEUV zugrunde, inkorporieren das in den Eigenmittelbeschluss. Das ist unter Juristen sehr umstritten. Ich möchte da auf die Kritik von Prof. Dr. Matthias Ruffert von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität verweisen. Das ist ein ganz heißes Eisen, das vertretbar ist, aber das durchaus schwierig ist.

Zum Zweiten zu den Vorschlägen zu sozialen Mindeststandards, also ein europäisches Arbeitslosengeld usw. – das ist auch sehr umstritten. Die Kommission – wenn ich mich recht entsinne, ich habe den Vertrag hier noch mal kurz aufgemacht – legt als Rechtsgrundlage Artikel 153 Absatz 2 Litera b AEUV zugrunde. Das ist vertretbar. Prof. Eichenhofer insbesondere hat ein Gutachten dazu veröffentlicht, und auch der juristische Dienst der Kommission hält das für machbar. Auch da muss man allerdings ganz klar sagen, dass es nicht unumstritten ist, insbesondere, wenn man auf Absatz 5 schaut, in dem explizit Arbeitsentgelt und Koalitionsrechte ausgeschlossen werden. Kurzum: Das ist sehr umstritten. Das ist juristisch sehr gefährlich und nicht zuletzt auch in der Öffentlichkeit breit diskutiert.

Ich will auch noch kurz sagen, dass das Bundesverfassungsgericht heute den Eilantrag abgelehnt hat. Da tut sich sehr viel, und wenn Sie mich fragen und wenn Sie auch die Bevölkerung fragen: Das, was hilft, ist die Diskussion. Das, was uns juristisch absichert, ist auf jeden Fall eine Vertragsänderung, und ich kann mir keine bessere Gelegenheit vorstellen, als die Konferenz und einen möglicherweise darauffolgenden Konvent zu nutzen, um solche grundlegenden Fragen des Spannungsverhältnisses zwischen Wirtschaft und Daseinsvorsorge als Möglichkeit zu verstehen, sich juristisch wasserfest, zukunftssträchtig aufzustellen. – In dem Sinne möchte ich mich ganz herzlich bedanken, auch für die Möglichkeit zu sprechen, und ich hoffe, dass wir gemeinsam in eine schöne europäische Zukunft schauen können und die Konferenz nutzen können.

Vorsitzender Andreas Otto: Dem würde ich mich anschließen. – Herzlichen Dank, Herr Hoffmeister! – Wir sind jetzt mit der Beantwortung durch. Ich gucke noch mal zum Senat.

Haben Sie noch irgendwas zu ergänzen? Waren Fragen an den Senat gerichtet? – Dann besteht jetzt die Möglichkeit.

Staatssekretär Gerry Woop (SenKultEuropa): Ja! Ich will nur schnell meine Fragen beantworten. Das eine ist von der Frau Abgeordneten Brychcy: Welche Möglichkeiten gibt es, die Konferenz in einen Konvent überzuleiten oder sich dafür einzusetzen? – Man muss die Diskussion jetzt ein halbes Jahr führen, beobachten, sich daran beteiligen und dann sehen, wie der Status ist, wie viel Zeit man noch braucht, wie sich das weiterentwickeln könnte und wohin man es überführen könnte, um die Ergebnisse festzuhalten. Da sollte man diesen Gedanken einbringen. Der ist schon von den Jungen Europäischen Föderalisten aufgebracht worden, und wir versuchen, das auch auf unserer Ebene immer wieder mit zu adressieren, das zu tun und zu sagen: Was wird nach dem Jahr kommen? – Entweder eine Fortsetzung oder ein neues Format.

Zweite Frage: Wie wird sich die digitale Plattform ausgestalten? Sie ist seit Montag unter – Future U müsste man sagen, also Future und EU, aber ohne zwei E – futureu.europa.eu geschaltet. Das findet man schnell im Internet. Da sieht man dann den Aufbau, wir verlinken das auch. Heute gibt es aktuell Informationen für unser Haus. Die geben wir auch weiter, und wir verlinken das auch von unserer vorhin schon genannten Homepage der Senatsverwaltung.

Zur dritten Frage von Herrn Zimmermann wurde schon einiges gesagt. Wo ist dieses Thema Daseinsvorsorge zu adressieren? – Eine der zehn Inhaltskacheln ist eine starke Wirtschaft, soziale Sicherheit und Beschäftigung. Das ist genau in dem Umfeld das Thema. Wo Themen nicht hinpassen, gibt es noch die Kachel „Weitere Ideen“, aber, ich glaube, dort passt das schon hin, da kann man es unterbringen. Ich denke, dass man Veranstaltungen dazu machen kann und das in die Positionierungen einbringen sollte und es dort unterbringen oder in andere Formate mit einbringen sollte, aber hier gehört es hin, und man muss es in die Diskussion einbringen.

Probleme sehe ich da auch, aber das klassische Beispiel, das ich vorhin schon nannte, wo man sehen muss: Die Diskussion bringt etwas, weil sie die Rechtsprechung beeinflusst, wie etwas interpretiert wird, und die Vertragsänderungen würden einen absichern. Das ist so ein stufenweises Vorgehen, wo man sagen kann: Das sind Punkte, die wir einbringen – erst mal adressieren, den Diskurs ändern, die Interpretation ändern, vielleicht auch Richtlinienänderungen in die Diskussion bringen, aber dann die Vertragsänderung zur letzten Sicherheit. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Dann sind wir für heute nicht mit der Konferenz, sondern mit dem Tagessordnungspunkt fertig, und vertagen den, warten auf das Wortprotokoll und werten das dann aus und beschäftigen uns weiter damit.

Ich will an der Stelle ganz herzlich den Anzuhörenden danken. Sie haben uns in kompakter Form Rede und Antwort gestanden, haben sehr dazu beigetragen, dass wir ein bisschen was gelernt haben und auch guten Mutes in den Prozess dieser Konferenz hineinkommen. – Herzlichen Dank! – Da gibt es sogar Beifall. Dann verlassen wir trotzdem diesen Tagesordnungspunkt. Sie können gerne noch lauschen, wir sind aber gleich fertig, auch mit der Sitzung, vermute ich mal.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Europakompetenz in der Berliner Verwaltung
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0142](#)
EuroBundMed

Hierzu: Anhörung

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Leitungswechsel in der Europäischen Akademie
Berlin in Zeiten der Corona-Pandemie und ihrer
Folgen und Belastungen – Aktuelle
Zusammenarbeit und Perspektiven für die Zukunft**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0149](#)
EuroBundMed

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 10.03.2021

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Ergebnisse des EU-Sondergipfels am 24. und 25.
September 2020**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0156](#)
EuroBundMed

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.